

Germ. g.

458 ⁷²

Rheinische
Staats - Anzeigen.

Lateat scintillula forsan.

Zweites Heft.

1 8 0 2.

Strasburg, Frankfurt, Leipzig und Nürnberg.

I n h a l t

- I. Der Kameral - Kalender. Von
Klüber. - - -
Rüge seiner Mängel, und Vorschlä
zweckmäßigen Einrichtung. Lit
Sammlungen und Verzeichnisse fü
ste vom Reichskammergerichte.
- II. Herzogl. Sachsen-Coburg-Saalfeldische Ver-
ordnung vom 1. Mai 1802, wegen Orga-
nisation der Landes-Collegien, Beschwer-
den gegen Staatsbehörden und Staatsdie-
ner, Bestechungen und Winkelschrift-
stellerey. - - - 124
Merkwürdiges Beispiel einer Abweichung von der
so gewöhnlichen Dilatations- und Multiplica-
tions-Methode in der Organisation der Lan-
des-Collegien. Hier werden alle Landes-Col-
legien, Deputationen und beständige Commis-
sionen zusammengezogen, in ein einziges Col-
legium — die *Landesregierung*. Ob nicht die
Justiz eine reine Absonderung, auch dem Na-
men nach verdient hätte? —
- III. Politisch-religiöse Miscellen. - - 143
Politisch-religiöse Brownianer und Anti-Brow-
nianer!
- IV. Mittel wider die Sittenlosigkeit der Schul-
jugend in Ungarn. - - 152
Ob sie *specifisch* seyen? — wird die Erfahrung
bald lehren.
- V. Ruf der baierischen Aufklärung. - 153
Was der Name nicht thut!
- VI. Ci-devants in Paris - - 155
Art läßt nicht von Art.
- VII. Ablass und Festtage in Frankreich - 157
Mittel zur Befreiung aus „der Slaveréy des Teu-
fels.,“ (Worte des Cardinal-Legaten).
- VIII. Kalender-Reform in Frankreich. - 160
Annäherung, wenn auch nicht zu Wiedereinfüh-
rung des alten Kalenders, doch zu Vermeidung
der Verwirrung, die aus dem Alleingebrauche
des republikanischen Aequinoctial-Kalenders,
je länger je mehr entstehen würde.

I.
D e r
K a m e r a l - K a l e n d e r.

Das Reichs - Justizwesen hat unstreitig in Deutschland ein allgemein verbreitetes und sehr vielseitiges Interesse. Das Studium desselben ist wichtig, nicht bloß für Personen, die bei der allgemeinen Reichsversammlung und den höchsten Reichsgerichten, so wie überhaupt im Reichs-Staatsfache, angestellt sind, oder sonst praktisch darin arbeiten, für den theoretischen Staatsrechtsgelehrten und für publicistische Schriftsteller. Jeder deutsche Geschäftsmann im Fache der gerichtlichen Praxis und Rechtsgelehrsamkeit, jeder Liebhaber der vaterländischen Geschichte und Verfassung, alle Reichsstände und andere Reichsunmittelbare, alle Privatpersonen, die in reichsgerichtliche Processe verwickelt sind, oder darein verwickelt werden können, haben vielfältig Ursache, Notiz davon zu nehmen.

Für systematische Bearbeitung, für Sammlungen, die sich über das Ganze, oder über grössere Perioden verbreiten, sorgen von Zeit zu Zeit Schriftsteller. Aber das *Laufende*, die *Geschichte des Tages*, das *Neueste* wird durch sie nicht früh genug in die Hände des grössern Publikums geliefert.

Und doch ist, dieses früh zu wissen, für Viele wahres Bedürfnis. Auch kann man nicht genug eilen, gewisse Begebenheiten, Veränderungen, Erscheinungen gleichsam auf der Stelle zu registriren, damit sie dem künftigen Geschichtschreiber, dem Sammler, dem Systematiker nicht entgehen, wenigstens ihm die Arbeit erleichtert werde.

Ein Repertorium dieser Art, für das *gesammte* Reichs- Staats- und Justizfach, welches jährlich, oder in kürzern Fristen erscheinen sollte, fehlt noch. Für *einzelne* Partien sind von Zeit zu Zeit Versuche gemacht worden, aber selten hat das Unternehmen eine Dauer, auch nur von einem Jahrzehend, gehabt. Der *Reichstags- Almanach* für die Jahre 1795, 1796 und 1797 ist sehr schätzbar; er befriedigt nur nicht die Sehnsucht nach langer, ununterbrochener Dauer. Für den *Reichshofrath* ist, meines Wissens, sogar noch nicht einmal ein Versuch gemacht worden; man müßte denn die Sammlungen von Reichshofraths- Conclusis, von *Moser* aus mehrern Jahrgängen, dann die von H. G. *Francke*, von den Jahrgängen 1760 und 1761, in gewisser Art hieher rechnen wollen. Die *Reichsvikariats-Hofgerichte* haben eine bloß ephemeri- sche Dauer: dennoch ist durch Sammlungen, vor- züglich von dem rheinischen 1742, 1790 und 1792 *) (das sächsische ist der Publicität weniger günstig

*) Vergl. *Klübers neue Litteratur des teutschen Staats- rechtes* (1791) S. 704.

gewesen) für sie verhältnißmäßig besser gesorgt worden, als für die perennirenden Reichsgerichte.

Das *Reichskammergericht*, auf welches ich hier zunächst meine Absicht richte, hat an dem sogenannten *Kameral-Kalender*, der schon seit länger, als einem halben Jahrhunderte, jährlich erscheint (ich habe einen vom J. 1744 vor mir), den Vorthail eines vieljährigen Registers seines Personals und der merkwürdigsten Erkenntnisse und richterlichen Verfügungen, nach ihren Rubriken. Er führt den Titel:

„Des Kaiserlichen Reichs-Cammergerichts-Kalender auf das Jahr . . . , darinnen dessen an-
 „jetzo lebende Personen nebst Vorsetzung des
 „Herrn Cammer-Richters, Hrn. Präsidenten und
 „Hrn. Assessoren Wappen, wie auch ein Ver-
 „zeichniß derjenigen Reichsstände und einiger
 „andern Grafen und Stände, welche Proceße
 „an dem Kaiserl. und Reichs-Cammergericht
 „haben, nebst Beifügung der Anwälte, durch
 „welche ihre Sachen geführt werden, samt
 „Nachricht von den Cameral-Ferien etc. befind-
 „lich sind. Frankfurt am Mayn, in der Andräi-
 „schen Buchhandlung., kl. 8. (Kostet roh 34,
 gebunden 38 Kreuzer).

Zu welcher Zeit man angefangen habe, diesen Kalender zu ediren? kann ich bis jetzt mit Zuverlässigkeit nicht angeben. Ich besitze einen vom

Jahre 1744. In Wetzlar behaupten einige, er sey zuerst im dritten Jahrzehnd des achtzehnten Jahrhunderts (ungefähr um das Jahr 1731 oder 1732) erschienen. Die Kanzlei des Reichskammergerichtes habe in vorigen Zeiten, aus Sorglosigkeit, diese Kalender nicht aufbewahrt. Ein anderer, bei dem ich deshalb in Wetzlar nachfragte, versicherte, einen Kalender dieser Art, schon vom Jahre 1711 gesehen zu haben. Andere wollen aber dieses hohe Alter in Zweifel ziehen. Gewiß ist, daß in derjenigen Sammlung von Wappen der Mitglieder des Collegii cameralis, wie sie vor jedem Kameral-Kalender stehen, welche der verstorbene Reichskammergerichts-Assessor, Freiherr von *Harpprecht*, in einen Rahm hinter Glas gefaßt, in das sogenannte Plenums-Zimmer des Reichskammergerichtes gestiftet hat, und worinn die Wappen nach den Präsentations-Höfen und Kreisen geordnet sind, sich Wappen befinden, mit der Unterschrift: juravit a. 1719. Inzwischen können dergleichen Wappen schon früher, als der Kameral-Kalender, erschienen seyn. Es läßt sich also, aus dem angeführten Umständen mit Zuverlässigkeit nicht behaupten, daß jene Kalender ebenfalls schon im J. 1719 erschienen seyen.

Hätte dieser Kalender alle die Vorzüge, deren er fähig, und die man zu fordern berechtigt ist; so würde er für die Geschichte des Reichskammergerichtes, und selbst für den täglichen Gebrauch

ungleich mehr leisten, als man bis jezt von ihm erfahren hat. Er könnte, bei aller Kürze, die Stelle von kammergerichtlichen Annalen vertreten, ein wahres Taschenbuch, Vademecum oder Mnemonymon seyn.

Aber leider ist weder *Planmäßigkeit*, noch *Vollständigkeit* und *Correktheit* an ihm zu rühmen. Auch enthält er bei weitem *nicht alle Rubriken*, die man in einem Kameral - Almanach erwartet. Ganz *planwidrig* ist das *genealogische Register* regierender geist- und weltlicher hoher Standespersonen in Europa etc. Nicht nur ist es höchst mangelhaft und unvollständig, sondern es steht auch hier, wo man es weder sucht, noch erwartet, am unrichten Orte, und nimmt andern Nachrichten, die in einen Kameral-Kalender notwendig gehören, den Raum weg.

Unvollständig sind die Verzeichnisse der Urtheile, Decrete etc. des Kammergerichtes. Gleichwohl ist diese Rubrik eine der interessantesten für das gleichzeitige und künftige Publikum. Die hierinn seither begangene Nachlässigkeit ist daher auf keine Weise zu entschuldigen. Ich weiß z. B. zuverlässig, daß in dem Kalender für das Jahr 1800, der ganze Judicial-Turnus eines fleissigen Herrn Kammergerichts-Assessors, von dem verflossenen Jahre, ausgelassen ist. Der Kameral-Kalender für 1789, giebt vom J. 1788 nur 275 Dekrete an, Hr. *Hoscher* liefert aber von diesem Jahrgange 463, und gesteht

selbst, daß auch *seine* Sammlung nicht vollständig sey *). Die Schreiben um Berichte und die Verordnungen wurden ohnedem im Kameral-Kalender ehehin gar nicht, und werden jetzt nur selten registriert.

Beurteilt man nun die Thätigkeit des Gerichtes, einigermaßen nach den Angaben des Kameral-Kalenders, dem das grosse Publikum wenigstens in diesen Verzeichnissen Authenticität und Vollständigkeit zuzutrauen pflegt; so baut man auf unrichtige Prämissen. Eben daher geschieht auch vielleicht dem R. K. Gerichte unrecht, wenn man demselben eine geringere Thätigkeit, als dem Reichshofrathe zuschreibt **).

Hr. GJR. *Pütter* ***) hat aus vierzehnjährigen Kameral-Kalendern, von den Jahren 1753 bis 1767, eine Tabelle, über die am Reichskammergerichte angebrachten, entschiedenen und abgeschlagenen Processe, gefertigt und daraus Resultate gezogen, welche die Kameral-Justiz und die Thätigkeit des Gerichtes betreffen. Diesen zufolge würden, ein Jahr ins andere, von 17 Assessoren etwa 150 bis 170, und von 25 Assessoren ungefähr 250 Definitiv-Urteile verfaßt (worunter noch andere merkwürdige Urteile

*) f. *Hoschers* Jahrbücher des K. u. R. K. Gerichts, Jahrg. 1788, Bd. I. Th. I, S. 69. u. 71 f.

**) Vergl. *Hoscher* a. a. O. S. 69 f. u. S. 72.

***) Vorlesung von der Sollicitatur am kaiserl. und Reichs-Cammergerichte. Gött. 1768. 4.

begriffen sind, z. B. mandata de exsequendo, paritoriae ad sententiam, denegatoriae revisionis u. d.). Es würden jährlich ungefähr 227 Prozesse *neu* anhängig gemacht *); nämlich

	<i>Erkannt.</i>	<i>Abgeschlagen.</i>
Citationen - -	33 $\frac{1}{7}$.	4 $\frac{1}{7}$.
Mandate - -	72 $\frac{1}{14}$.	13 $\frac{2}{7}$.
Appellations-Processe	122.	37 $\frac{4}{7}$.

Die Richtigkeit dieser Resultate hängt einzig ab von der Aechtheit und Vollständigkeit der in den Kameral-Kalendern enthaltenen Verzeichnisse, welche die Data zu den Vordersätzen geliefert haben. Wie mißlich es aber mit diesen Datis stehe, lehrt schon der oben angegebene, offenbare und auffallende Fehler in den beiden Kalendern für die Jahre 1789 und 1800.

Dafs es überhaupt nicht auf Vollständigkeit abgesehen sey, läßt sich schon aus folgender stehenden Rubrik in den Kameral-Kalendern schliessen:

*) Alte anhängige Prozesse rechnet Hr. Pütter, bis 1768, über 12000. Zufolge einer Nachricht in von *Meiern Actis Pac. Westphal. T. III. p. 316.* wären im J. 1620. schon über 50,000 Sachen in die Gewölber gelegt gewesen, in denen nicht einmal referirt worden. Die Visitation fand 1570 der unbeschlossenen Prozesse, an 5000, ohne die fiscalischen. Der jüngsten Visitation wurden sämtliche rechtsgängige Sachen auf 16,233 angegeben. Andere wollen sämtliche, alte und neue, unentschiedene Rechtssachen sogar auf 60,000 schätzen. *Mohls System der K. G. Gerichtsbarkeit, Th. II. S. 274. Grellmanns Staatskunde von Teutschland, Th. I. S. 248.*

„Verzeichniß derjenigen Sachen, in welchen seit
 „dem November bis zum November
 „wichtige Urtheile am K. u. R. C. G. ergangen sind.“
 Die Rubrik verspricht nur *wichtige* Urtheile; sonach
 nicht *alle*. Zudem möchte man fragen: welches
 der *Maasstab* der Wichtigkeit sey? Auch: *Wer*
 sich die Beurteilung der Wichtigkeit erlaube? Und
 ob Jemand anders, als der Referent, oder der Se-
 nat, in welchem das Urtheil abgefaßt worden, oder
 das ganze hohe Collegium, oder wenigstens das
 Directorium, bei dieser Beurteilung competent sey?
 Denn sonst würde der Redacteur des Kalenders auf
 das Jahr 1800, der den ganzen Judicial-Turnus ei-
 nes fleissigen Assessors in sein Verzeichniß nicht
 mitaufgenommen hat, sich damit entschuldigen,
 daß *Seine* Wenigkeit alle diese Urtheile für *unwich-*
tig gehalten habe. Wer könnte ihn aber wegen
 seiner Auslassungs-Sünde, durch die blosse Einsei-
 tigkeit seines Privaturteils, bei einem so wichtigen
 Gegenstande für entschuldigt halten?

Das Publikum wird ohne Zweifel ein *vollstän-*
diges Verzeichniß der ergangenen Urtheile, einem
mangelhaften, das nach einem so willkührlichen
 Maasstabe berechnet ist, vorziehen. Also liefere
 man künftig *vollständige* Verzeichnisse der Urtheile!
 Will man sie nach ihrer Wichtigkeit classificiren;
 so kann es durch ein Sternchen geschehen.

Ein dritter Fehler ist die *Uncorrektheit* der Ver-
 zeichnisse. Zahlreich, und zuweilen lächerlich,

sind die Schreib- und Druckfehler in den Namen der Parteien und Orte. Nur wenige Leser sind in dem Falle, Fehler dieser Art zu verbessern, und ein Verzeichniß der Druckfehler wird dem Kalender gewöhnlich nicht beigelegt, sondern dieser, mit allen Sünden, seinem Schicksale überlassen. Fürwahr ein eigenes Schicksal, das über ihn waltet! Scheint doch ein veraltetes Herkommen dem Redacteur einen Freibrief der Sorglosigkeit gegeben zu haben! Die Gewissheit, daß die Kameralpersonen und die Parteien den Kalender, trotz seiner fehlerhaften Einrichtung, dennoch kaufen werden, oder müssen, und daß bis jetzt Niemand diese Mängel öffentlich gerügt hat, schläfert leicht den Verleger, wie den Redacteur, ein. Möchten aber doch beide bedenken, daß auch sie ihren Zeitgenossen und der Nachwelt Pflichten schuldig sind, und daß das Publikum den Kalender weder um der gewöhnlichen Kalender-Nachricht und der europäischen Genealogie willen, noch wegen der Wappen der Herren Kammerichter, Präsidenten und Assessoren, kauft und bezahlt!

Endlich enthält auch der Kalender bei weitem *nicht alle Rubriken*, die man billig darinn zu suchen hat. Statt des genealogischen Verzeichnisses, können zwei bis drei Rubriken Raum finden, die dem eigentlichen Zweck des Almanachs angemessen sind. Sollte auch derselbe durch eine vollständigere und verbesserte Einrichtung um etliche Bogen

stärker, und um 10 Kreuzer theurer werden: so wird man doch durch grössere Zweckmässigkeit dafür hinlänglich entschädigt. Es giebt so manche gemeinnützige Notiz, die durch den K. Kalender früher als auf andern Wegen, verbreitet werden könnte, ohne daß dadurch das Gesetz der Vorsicht und Verschwiegenheit würde übertreten werden.

Um nicht bei dem Allgemeinen stehen zu bleiben, will ich einige specielle Vorschläge zur künftigen Verbesserung des K. K. beifügen, deren Realisirung, ganz oder zum Theil, vielleicht dem neunzehnten Jahrhundert vorbehalten bleibt.

I) Man Sorge für den höchsten Grad der *Authenticität* und *Vollständigkeit*. Da dieser ohne *Oberaufsicht* und *Mitwirkung* des hohen Collegii cameralis nicht erreicht werden kann; so müßte dieses die nötigen Verzeichnisse durch *Kanzleipersonen*, gegen Remuneration von Seite des Verlegers, fertigen lassen, und das Manuscript vor dem Druck jedesmal der *Revision* einer hiezu niedergesetzten *Deputation* unterwerfen.

II) Ausser den gewöhnlichen *Kalender-Nachrichten* und den *Wappen* der Herren Kammerrichter, Präsidenten und Assessoren, wären *vollständige* Listen zu liefern:

1) von dem jedesmaligen *Personale des Kammergerichtes*, und zwar

- a) des *Collegii Cameralis*, dann der dazu gehörigen *Nebenpersonen* und *Officianten*, nämlich Kanzleiverwalter, Reichs-Fiscal und Fiscal-Advokat, Protonotarien, K. G. Aerzte, Notarien, Leser, Pfennigmeister, Taxeinnehmer, Comptor, Botenmeister, Copisten, Canzlei-Diener, Pedellen, Holz-Anschneider und Boten, mit Bemerkung ihrer Religion, Aufschwörung u. s. w.

Man sondere hier *jede* Personen-Klasse von der andern durch eine Special-Rubrik ab. Bisher wurden die Advokaten, Prokuratoren, Protonotarien und Aerzte in einer Reihe untereinander, nach dem Datum ihrer Aufschwörung, verzeichnet. Dieser Übelstand hatte vermuthlich seinen Grund darinn, weil alle diese Personen im Range, nach dem Alter ihrer Aufschwörung rouliren. Allein dem Range kann die Absonderung nach Rubriken, die in der Natur der Sache liegen, nicht nachtheilig seyn. Zudem kann eine beigefügte kurze, reservirende Anmerkung Alles, was den Rang betrifft, wieder ins Gleiche bringen.

- b) Von den Herren *Advocaten* und *Prokuratoren*, nebst Angabe der Zeit ihrer Aufschwörung und Religion.
- 2) Anzeige der im Laufe des verflossenen Jahres in dem reichskammergerichtlichen *Personale* vorgekommenen *Veränderungen*.

- 3) Verzeichniß der *Judicial* - und *Extrajudicial*-*Senate*, nach ihrem jedesmaligen Personale.
- 4) Reichskammergerichtliche *Deputationen*.

Anm. Die Verzeichnisse der Senate und Deputationen können doch nicht als Geheimnisse betrachtet werden. Wenigstens sind sie in Wetzlar, gleich dem Referenten-Geheimniß, das öffentliche Geheimniß; und selbst kammergerichtliche Personen, z. B. Hr. von *Bo-stell* und Hr. *Hoscher*, auch Hr. Reg. R. *Reufs* und Hr. Hofr. *Seyfert*, haben Senatsverzeichnisse abdrucken lassen. In Wetzlar selbst kann man von Kanzleipersonen, für jedes Jahr, *geschriebene Tabellen* über die Einrichtung der Senate, die Distributions-Tage der Kameral-Besoldungen und deren sechs-wöchentlichen Betrag, erhalten.

- 5) Verzeichniß der *Reichsstände*, und *anderer Reichsunmittelbaren*, der *Städte*, *Familien etc.* welche Prozesse am K. und R. K. G. haben, mit Angabe ihrer *Anwälde*. (Richtiger, als bisher).

6) *Litterarischer Anzeiger*.

- a) Verzeichniß der bei dem R. K. G. in dem vergangenen Jahre, in Prozesssachen erschienenen, oder distribuirten *Druckschriften*, *Deductionen* u. d.
- b) Verzeichniß der, während des vorigen Jahres, erschienenen *Schriften*, das kammergerichtliche Justizwesen, die Verfassung

und Verbesserung des Gerichts etc. etc. betreffend.

- 7) Summarische *Berechnung* über Einnahme und Ausgabe der *Sustentations - Casse*. (Diese ist kein Geheimniß. Sie wird jährlich in Regensburg gedruckt).
- 8) *Memorabilien*; z. B. Präsentationen, Verhandlungen bei der Reichsversammlung, während der Anwesenheit einer Visitation (deren Personale noch unter einer besondern Rubrik zu verzeichnen ist), Schicksale des K. G. in Kriegszeiten und sonst, Archiv- und Kameralhausbau, verbesserte Einrichtung des Archivs, der Bibliothek etc. etc.
- 9) *Kameral - Ferien*.
- 10) Verzeichniß der *bei dem K. G. immatrikulirten Notarien*.
- 11) *Wetzlarischer Postbericht*.

Als *Titel - Vignette* könnte die Abbildung eines Herrn K. G. Assessors im Kameral - Ornat, als stehender Artikel beigefügt werden! *Grundrisse* und *Prospecte* von den Zimmern, Sälen und Gebäuden des R. K. G. von Zeit zu Zeit beizufügen, verbietet vielleicht das Gesetz der Sparsamkeit. Aber ein vollständiges *Personal -* und *Sach - Register* darf nicht wegbleiben.

Ein Kameral - Kalender, so eingerichtet, wird seinen Zweck und die gerechten und billigen Erwartungen des Publikums besser erfüllen, als der

bisherige. Diese verbesserte Einrichtung ist aber um so notwendiger und nützlicher, je weniger irgend eine Zeitschrift die bisherigen Mängel des Kameral-Kalenders ersetzt.

Selbst die *Sammlungen* und *Verzeichnisse*, die zuweilen im Druck erschienen sind, sorgen entweder gar nicht für das Laufende, oder sie enthalten doch nur einen Theil der in obigem Plane vorgezeichneten Notizen, so schätzbar sie im übrigen größtentheils seyn mögen. Da jedoch ihre Kenntniss interessant seyn muß, und manche von ihnen, verschiedene bisherige Lücken des Kameral-Kalenders ausfüllen; so will ich solche hier, so weit ich sie kenne, verzeichnen:

- a) Das *Verzeichniß der Kameralpersonen*, welches von Zeit zu Zeit, auf Verfügung des höchsten Gerichtes selbst, gedruckt wird. Es ist fast wörtlich gleichlautend mit dem in den Kameral-Kalendern. Das neueste führt den Titel: *Judicii Camerae imperialis personae. Anno MDCCCL. d. 1. Julii. Fin Bogen in Fol.*
- b) Die *Wetzlarische politische Zeitung*, seit dem Jul. 1789, herausgegeben von dem Hessen-Darmstädtischen Hofkammerrath C. F. Seidel. Seit dem 1. Oct. 1789 erschien jeden Montag ein *Extrablatt* von einem halben Bogen. Dieses und die Zeitung lieferte: 1) *Viele kammergerichtliche Decrete und Urtheile*, bald in extenso, bald nur nach den Rubriken; aber beide nicht

vollständig; 2) Das *reichshofrätliche Anschlags - Protokoll*, und manche *Conclusa*; 3) Ereignisse bei der *allgemeinen Reichsversammlung*. Vom 1. Jul. 1794 an, ward das Extrablatt wöchentlich in zwei halben Bogen ausgegeben. Die Zeitung selbst aber fährt fort, ausser den politischen Neuigkeiten, reichskammergerichtliche Dekrete und Verzeichnisse der Rubriken und Sachen, worinn Urtheile eröffnet worden, zu liefern, auch Veränderungen, die mit den Kammergerichts - Personen vorgehen, bekannt zu machen. Aber in diesen Rubriken ist doch überall keine Vollständigkeit, und von den Urtheilen kann der Herausgeber, seinem beschränkten Raume nach, nur wenige in extenso liefern, wenn es auch seine Lage gestattete, sich dieselben vollständig zu verschaffen. Selbst Hr. Protonotar J. M. *Hoscher**) legte das Geständniß ab, es sey ihm, als einer bei dem Kammergerichte angestellten *Kanzley - Person*, schwer geworden, hierinn etwas Vollständiges zu liefern. Wie viel grösser müssen also die Schwierigkeiten seyn, die sich einem Fremden in den Weg legen! Der sogenannte *Hebdomadarius* (derjenige K. G. Notar oder Secretär, welcher in der Kanzley das Register über die eingereichten

*) Jahrbücher des kaiserl. Reichskammergerichts, Jahrgang 1788, Bd. I, Th. 1, S. 9. Th. 2, S. 68, 70, 71, 72, 74, 75 f. wo auch verschiedene Erinnerungen und Vorschläge für die Wetzlarische Zeitung vorkommen.

Suppliken führt) ist allein in der Lage, am sichersten und mit der wenigsten Mühe ein vollständiges Verzeichniß der Dekrete zu liefern.

- c) Joh. Melchior *Hoschers* Jahrbücher des kaiserl. Reichskammergerichts. Jahrgang 1788. I. Band. 1. Th. Lemgo 1789. 186 S. 2. Th. ebendas. 1790. 282 S. II. Band, ebendas. 1791. 284 S. in 8. Diese Jahrbücher sind nach einem sehr vollständigen Plane entworfen, der wenig zu wünschen übrig läßt. Der Herausgeber, selbst Notar oder Sekretär des R. K. G., sitzt an der Quelle, und war also um so eher im Stande, etwas Vollständiges zu liefern. Desto mehr ist zu bedauern, daß er seine Sammlung schon mit dem Jahrgange 1788 abgebrochen, und auch diesen nicht vollständig geliefert hat; denn der ganze *dritte* Band ist noch rückständig. In Absicht auf das Personale, wichtige Vorfälle und Veränderungen am K. G., leistete Hr. Hoscher Alles, was man von dem Kameral-Kalender erwarten kann. Dekrete und Urteile lieferte er sogar in extenso, doch giebt er die Sammlung jener (zusammen 463), selbst nicht für vollständig aus, und von der Sammlung der Urteile sagt er, daß er die blossen Haupt- und merkwürdigen Urteile (241 an der Zahl), jedoch diese vollständig liefere, ohne nur ein einziges minder wichtiges mit aufgenommen zu haben *).

*) *Ebendas.* Bd. I, Th. I, S. 70 f.

- d) Jahrbuch für deutsche Rechtsgelehrten (te). Erstes Stück. Herausgegeben von den Hof- und Justizräthen K. J. *Seyfert* und K. L. *Krefs*. Wetzlar 1792. 8. Hier werden, S. 72 f. ein Verzeichniß der Senate vom J. 1792, dann S. 75-92, 52 Dekrete geliefert. Die Fortsetzung ist unterblieben.
- e) Joh. Aug. *Reufs* Beiträge zur neuesten Geschichte der reichsgerichtlichen Verfassung und Praxis. Ulm Bd. I. 1785. Bd. II. 1786. Bd. III. 1790. 8. Der Hr. Herausgeber liefert schätzbare Nachrichten von den neuesten Einrichtungen, Präsentationen, Gesetzen u. a. Vorfällen am R. K. G., auch Th. I. S. 223 ff. ein Verzeichniß der Kameral-Personen vom J. 1782, und von demselben Jahre S. 230, ein Verzeichniß der drei Judicial-Senate. Die Fortsetzung scheint zu unterbleiben.
- f) F. J. D. von *Bostells* kurzer Abriss der neuesten kammergerichtlichen Verfassung. Lemgo 1782, 72 S. in 8. Die Verfassung vom J. 1787 und (S. 16 f.) das damalige Verzeichniß der Senate, wird hier sehr deutlich und befriedigend beschrieben und mitgetheilt.
- g) *Ebendesselben* Beyträge zur kammergerichtlichen Litteratur und Praxi. Lemgo Th. I. 1780. II. 1781. III. 1787. 8. Im I. Theile, S. 191-209 u. S. 269-286, wird das von Ludolfische Verzeichniß der Kammergerichtspersonen (s. unten lit. i.) bis auf das Jahr 1780 fortgesetzt, und ein Verzeichniß
- Zweites Heft.

vom J. 1780 geliefert, so wie ein anderes vom Jahre 1785, im II. Th. S. 277 ff. Im II. Theile, S. 137 - 140 steht ein Verzeichniß der bei dem K. G. von 1740 bis 1781 immatrikulirten *Notarien*. Auch findet man im II. Th. S. 137 ff. Nachricht von neuern Personal - Veränderungen, so wie in allen drei Theilen von dem Präsentationswesen, merkwürdige Urtheile und Dekrete etc.

b) Gust. Ge. *König* de *Königsthal* Mnemosynon Colosseum, in honorem Camerae imperialis iudicii, ex fastis antique lectionis in tabulas chronologicas redactum et renouatum. (Wetzlar 1767. gr. Fol.) Ein sehr schätzbares tabellarisches synchronistisches Verzeichniß sämtlicher Mitglieder des K. G. vom Anfange bis zum J. 1766. Jede Tabelle begreift eine Periode von 20 Jahren, und enthält ausser dem Personen-Verzeichniß, noch andere Merkwürdigkeiten zur Geschichte und Legislation des K. G. Das Werk ist ausserhalb Wetzlar wenig bekannt, und wird selten gefunden, fehlt auch in den Supplementbänden zu *Lipen*.

i) Ge. Melch. von *Ludolfs* Catalogus personarum Collegii cameralis ab anno 1654, usque ad initium anni 1721; als Appendix VII. hinter des Verf. Comment. systemat. de jure camerali. (Fortgesetzt bis 1780, von Hrn. v. *Bostell*, s. oben lit. g.).

k) Vollständige Sammlung aller im J. 1800 bey dem höchstpreisl. Kaiserl. und Reichs-Kammergerichte ergangenen Urtheile und Decrete, auch gemeinen Bescheide und entweder in den Proceß einschlagenden, oder sonst zur Bekanntmachung geeigenschafteten *Conclusorum Consilii pleni*, nebst fordersamster Bemerkung des kammergerichtlichen Personale, und der sich dabei von Zeit zu Zeit ergebenden Veränderungen. Herausgegeben von der Kayserlichen und Reichskammergerichtlichen Kanzley. Wetzlar 1800. 851 S. (ohne die Register) in 4. Der eigentliche Herausgeber ist Hr. Kammergerichts - Protonotar Jos. Ant. *Vahlkampf*. Diese Sammlung ist auch für das Jahr 1801 erschienen, und wird im J. 1802, mit zweckmäsiger Abkürzung, heftweise fortgesetzt, unter dem Titel: Sammlung der reichskammergerichtlichen Decrete und Urtheile.

l) Auch erschien ehedin: Des Kaiserlichen Reichs-Kammergerichts - Staatshandbuch auf das Jahr 1763. Wetzlar bey Winckler. 8.

J. L. Klüber.

II.

Herzogl. Sachsen - Coburg - Saalfeldische Verordnung vom 1. Mai 1802, wegen Organisation der Landes-Collegien, Beschwerden gegen Staats- behörden und Staatsdiener, Bestechungen und Winkelschriftstellerey.

In neuern Zeiten ist es eine auffallende Erscheinung, wie man, bald aus Ostentation, bald aus Systemsucht, in vielen Ländern die Landes-Collegien und übrigen Staatsbehörden zu vervielfältigen sich bestrebt. Die Adresskalender liefern hievon Beweise in Menge, und noch weit mehrere könnte man aus solchen Ländern beibringen, wo kein Adresskalender gedruckt wird. In einem gewissen kleinen Lande z. B. hat man sechs verschiedene Präsidenten, worunter auch ein Chaussee-Präsident sich befindet. Der verstorbene Graf von Limburg-Styrum hatte auf seinem reichsunmittelbaren Rittergute Wilhermsdorf verschiedene Landes-Collegien, einen Hof- und Militär-Etat, eine Hof-Capelle und ein Hoftheater errichtet. Sein Husaren-Corps bestand aus einem Obristen, einem Major, einem Capitain, zwei Lieutnants, einigen Cornets und zwei Gemeinen. Nichts ist lustiger zu lesen, als der gedruckte hochfürstl. (gräfl.) Limburgische Hof- auch Civil- und Militär - dann Jagd-Etat zu Wilhermsdorf im

J. 1764 *). Die Pluralität der Ämter und Chargen, welche da jedem Individuum verliehen war, ist auffallend. Auch an einem, vom Grafen gestifteten Ritterorden, dem St. Philippsorden **), dessen Statuten 1770 gedruckt sind, fehlte es nicht. —

Wir theilen hier dem Publikum ein Organisations-Patent mit, welches von ganz andern Grundsätzen ausgeht, wo kein Dilatations- und Multiplications-, sondern das Contractions-System zum Grunde liegt, wie es vorzüglich kleinen Ländern angemessen ist. Hier werden Regierung, Consistorium, Kammer, die Zuchthaus- und Waisenhaus-Deputation, die Polizei-Commission, die Rechnungs-Commission u. s. w. zusammengezogen, in ein einziges Collegium, die *Landesregierung*. Cui Deus benedicat!

Wir Franz von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Cleve und Berg, auch Engern und Westphalen, Landgraf in Thüringen, Markgraf zu Meissen, gefürsteter Graf zu Henneberg, Graf zu der Mark und Ravensberg, Herr zu Ravenstein etc. etc.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß bisher die Regierungs-Geschäfte nicht mit derjenigen Zweckmäßigkeit behandelt worden sind, wie sie

*) s. Journal v. u. f. Franken, Band V, Heft 5, (1792). S. 513 ff.

**) Nicht zu verwechseln mit dem hochgräfl. Leiningen-Westerburgischen St. *Joachims-Orden*, der jetzt wieder aufzublühen beginnt! *Berlin. Monatschrift* 1802. Jun.

hätten behandelt werden sollen, daß die Landes-Polizey in mehrern Zweigen gelähmt und ohne Unterstützung war, daß die Justiz nicht den raschen Gang gieng, der ihr eigen seyn muß, daß die Finanzen ohne vollkommene Übersicht des Ganzen und ohne genaue Kenntniss ihrer Quellen verwaltet worden sind, daß das Militair-Wesen, vorzüglich die Kriegsfrohnen und Einquartirungen auf eine Art behandelt wurde, wodurch ungleiche Belästigungen von mehrern Seiten unvermeidlich waren, daß es im Ganzen an einem *Centralpunct* fehlte, von wo aus sämtliche Regierungs-Geschäfte mit gleicher Sorgfalt betrieben werden müssen. Diese Erfahrung hat Uns veranlaßt, Unsern verschiedenen Landes-Collegien eine *bessere und zweckmässigere Organisation* zu geben, die *Geschäfte zu vereinfachen*, und die bisher bestandenen *mannichfaltigen Ressorts zu vereinigen*. Nach dieser Organisation sind

§. 1.

die zeitherigen Collegien der *Regierung*, des *Consistorii* und der *Cammer*, dann die verschiedenen *Deputationen*, nemlich die Zuchthaus- und Waisenhaus-Deputation, die Polizey-Commission, die Rechnungs-Commission u. s. w. aufgehoben worden, und sie vereinigen sich in ein Collegium, unter dem Namen: Landes-Regierung, welche *alle Verfügungen in Unsern höchsten Namen erläßt, repräsentativen Character* hat, und an welche alle

Eingaben in der nemlichen Form gelangen müssen, wie sie an Uns unmittelbar eingegeben werden.

§. 2.

Damit aber die Verwaltung der *Civil-* und *Criminal-Justiz* mit den übrigen Zweigen Unserer Regierungsgeschäfte nie in Collision kommen, und um so unpartheyischer geschehen könne; So haben Wir bey Unserer Landes-Regierung eine eigne Justiz-Deputation unter dem Vorsize Unsers Canzlers errichtet, welche in eigenen von dem Pleno abgesonderten Sessionen sämtliche vorkommende streitige Rechtssachen durch eigends dazu verpflichtete und auf die Justiz besonders vereydete Rechtsgelehrte verhandelt und entscheidet: so dafs dabey die übrigen auf die Justiz nicht vereydete Mitglieder der Landes-Regierung keine Stimme haben.

§. 3.

Die *Bestimmung Unserer Landes-Regierung* und der damit verbundenen Justiz-Deputation ist:

- a) die *Landes-Polizey* nach richtigen Maximen zu verwalten, allgemeine Sicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, für die Gesundheit und eine moralische Erziehung Unserer getreuen Unterthanen allenthalben durch Anwendung der zweckmässigsten Mittel Sorge zu tragen, die Bevölkerung zu befördern, auf Verbesserung der Sitten hinzuwirken, den Gewerbefleis zu beleben, und ihm neue Quellen zu verschaffen, der Theurung der unentbehrlich-

sten Lebensmittel entgegen zu würken, und Anstalten zu treffen, daß höchstmögliche Wohlfeilheit derselben Statt finden, den Handwerkern in den Städten in ihrer Nahrung aufzuhelfen, den Landbau zu vervollkommen, den Handel zu befördern, und so im Ganzen für das Beste und die Wohlfahrt Unserer getreuen Unterthanen nach allen Kräften zu sorgen.

b) Den ihrer *Gerichtsbarkeit* unmittelbar unterworfenen Personen und in den an sie gewiesenen Sachen *unpartheyische Justiz zu administriren*, die Aufsicht über sämtliche Untergerichte zu führen, auf eine Ordnungsmäßige Rechtspflege zu halten, und um sich davon zu versichern, fleissig Justizvisitationen bey den Untergerichten anzustellen, dagegen die Mißbräuche derselben, wenn sie entweder auf dem Wege der Appellation oder des bloßen Rekurses an sie gelangen, zu untersuchen, und denselben, wenn die Beschwerden gegründet sind, abzuhelpen, die ihr besonders angewiesenen Geschäfte in Vormundschafts-Hypothesen und andern zur nicht streitigen Gerichtsbarkeit gehörigen Angelegenheiten zu leiten und zu betreiben.

c) Die *Landes-Religion* zu schützen und darauf zu sehen, daß bey Ausübung derselben von den Religions-Lehrern keine solche Neuerun-

gen eingeführt werden, welche von der Religionsgesellschaft nicht entweder stillschweigend oder ausdrücklich genehmigt sind. Denn so wenig Wir den Gewissenszwang lieben, so wenig können Wir gestatten, daß irgend einer Unserer getreuen Unterthanen in seinen religiösen Meynungen gewaltsam gestört werde.

- d) Die *Finanzen des Landes* getreulich zu ver-
rechnen, dabey aber immer das Wohl Unse-
rer getreuen Unterthanen vor Augen zu ha-
ben, und nur diejenigen Abgaben zu begün-
stigen, welche unmittelbar mit jenen bestehen
können, für schnelle Einbringung der Gefälle
Sorge zu tragen, sich aber dabey aller Eigen-
macht zu enthalten. Begünstigungen und Be-
vortheilungen abzustellen, und dahin zu wür-
ken, daß jeder Unterthan in Unsern Landen,
so viel möglich, nach gleichem Maasstabe zu
Bestreitung der Landesabgaben beitrage, für
Abzahlung der Landesschulden thätig zu seyn,
und eifrigst sich zu bemühen, daß dem neue-
sten Hausgesezze zuwider, keine neuen ge-
würkt werden, eben deswegen aber sich der
strengsten Ökonomie zu befleisigen, unnöthi-
ge Ausgaben zu vermeiden, und dahin zu se-
hen, daß die Staats-Bedürfnisse ohne neue
Auflagen bestritten werden können.

e) Die Angelegenheiten der *Militair-Einquartirungen*, der *Kriegsführen* und des *Proviantwesens* so zu leiten, daß alle Begünstigungen und Prägravationen vermieden werden.

§. 4.

Damit aber Unsere Landes-Regierung im Stande seyn möge, ihren Pflichten und Verrichtungen gehörig nachzukommen, so befehlen Wir jedermann ohne Ausnahme, den Verordnungen und Verfügungen des ihm vorgesetzten Landes-Collegiums, in den zu dessen Amte gehörigen Angelegenheiten, eben die willige, prompte und gehorsame Folge zu leisten, wozu er Uns selbst als Landesherrn verpflichtet ist; Wir wollen auch dieses Collegium bey der ihm ertheilten Macht und Ansehen nachdrücklich schützen, und den gegen dasselbe bewiesenen Ungehorsam und Widersetzlichkeit auf das strengste gestraft und geahndet wissen. Daher authorisiren Wir Unsere Landes-Regierung, die (den) auf die Gesetze und erhaltene Vorschriften gegründeten Verfügungen nöthigen Falls durch rechtliche Zwangs-Mittel, Gehorsam und Folge zu verschaffen, die Widerspenstigen durch den Fiscal zur Verantwortung ziehen zu lassen, und mit den in den Gesetzen geordneten Strafen wider sie zu verfahren.

§. 5.

Damit aber auch das Collegium die ihm anvertraute Macht und Gewalt nicht misbrauche, so soll es nicht allein unter beständiger ununterbrochener

Aufsicht des Landesministerii stehen; sondern auch durch unvermuthete *Visitationen* von seinem Betragen, bei Verrichtung seines Amtes, zuverlässige Kenntniss eingezogen, und es soll auch den Partheyen mit ihren Beschwerden wider dasselbe das erforderliche Gehör nie versagt werden.

§. 6.

Wenn *Beschwerden der Partheyen*, gegen wirkliche Urtheile oder mit denselben gleiche Kraft habende Resolutionen gerichtet sind; so müssen sie durch die in der Proceßordnung vorgeschriebenen Rechtsmittel eingebracht werden. Betrifft aber die Beschwerde irgend eine andere Verfügung, so muß sie, wenn sie gegen eine Unterbehörde erhoben wird, bey der Landes-Regierung, und wenn sie gegen diese gerichtet ist, bey dem Landesministerio eingebracht werden.

Und dann bleibt einem jeden, welcher sich bey den Verfügungen dieser obersten Landesstelle nicht beruhigen zu können glaubt, der Zutritt zu Unserer höchsten Person unverschlossen.

§. 7.

Es muß aber ein jeder, welcher dergleichen Beschwerden anbringen will, die Sache deutlich der Wahrheit gemäß und mit gebührender Bescheidenheit vorbringen.

§. 8.

Wer die vorgeschriebene Ordnung in Anbringung seiner Beschwerden nicht beobachtet, sondern

mit Übergehung der Landes-Regierung das Landesministerium, oder mit Übergehung des letztern Uns unmittelbar behelliget, oder seine Vorstellung nicht bescheiden einrichtet, der hat zu gewärtigen, daß er ohne weitere Verfügung sofort abgewiesen werde.

§. 9.

Damit aber niemand über Mangel an Gelegenheit, seine Gesuche oder Beschwerden gehörigen Orts anzubringen, mit Grunde klagen darf; so machen Wir den Advocaten zur unbedingten Pflicht, den Partheyen, welche sich über widerrechtliche Verfügungen und Bedrückungen der Ober- und Unterbehörden beschweren wollen, sobald sie nach mehrerer Prüfung des Anliegens die Beschwerde nicht ungegründet, widerrechtlich oder unerheblich finden, mit ihrem Rathe und Amte ohne alle Menschenfurcht und Ansehen der Person an die Hand zu gehen; es muß auch bey der Landesregierung und dem Landesministerio die Veranstaltung getroffen werden, daß Leute vom gemeinen Stande, welche sich des Beystands eines Advocaten aus Unvermögen nicht bedienen können, in den Canzleyen jemanden finden, bey dem sie ihre Gesuche oder Beschwerden mündlich zum Protocolle vortragen können, und müssen von den dazu ein für allemal bestellten Personen die Anträge solcher Partheyen unweigerlich und *unentgeldlich* aufgenommen werden.

Wenn auch eine Parthey gegen die Landesregierung selbst Beschwerden hätte, und weder einen Advocaten zu deren schriftlichen Anbringen finden, noch eine der von Zeit zu Zeit bey diesem Collegio anzustellenden Visitationen abwarten könnte; so soll derselben freystehen, sich bey dem Landesministerium zu melden und um Aufnehmung ihrer Beschwerden zum Protocoll zu bitten.

§. 10.

Die Landesregierung muß die bey ihr gegen Unterbehörden angebrachten Beschwerden unweigerlich annehmen und sorgfältig prüfen, denenselben, insoferne sie gegründet sind, mit Nachdruck abhelfen, wenn aber das Anbringen ungegründet befunden wird, den Supplicanten mit Glimpf, Mäßigung und Herablassung zu seinen Fähigkeiten und Begriffen zu bedeuten und zurecht zu weisen, sich unermüdet angelegen seyn lassen.

§. 11.

Beschwerden gegen Militair-Gerichte gehören an sich lediglich für das Landesministerium.

§. 12.

Beschwerden, welche nicht blos den Inhalt einer getroffenen Verfügung angehn, sondern zugleich persönliche Anschuldigungen wegen verletzter oder vernachlässigter Amtspflichten enthalten, sind entweder gegen einzelne Mitglieder oder Subalternen des Collegii, oder sie sind gegen ein ganzes Collegium, oder den Chef desselben gerichtet.

§. 13.

Beschwerden gegen einzelne Mitglieder und Subalternen der Landesregierung in Sachen, welche die Amtsführung desselben betreffen, müssen, der Regel nach, bey dem Chef des Collegii angebracht werden.

§. 14.

Dieser muß dieselben allenfalls mit Zuziehung der übrigen Mitglieder des Präsidiums genau und sorgfältig untersuchen, den Denuncianten oder Querulanten zum Protocolle umständlich hören, den denunciirten Rath oder Subalternen über die Beschuldigung gleichergestalt zum Protocolle vernehmen, alle dabey vorkommende Thatsachen oder Umstände genau erörtern, und hiernächst von der Sache, mit Beyschluss des Protocolls und Beyfügung seines Gutachtens an das Landesministerium pflichtmässig berichten.

§. 15.

Von diesem wird alsdann das Weitere verfügt, und entweder der beschwerdeführende Theil beschieden, oder wenn aus dieser vorläufigen Untersuchung hinlängliche Anzeigen von wirklichen pflichtwidrigen Betragen gegen einen solchen Staatsbedienten hervorgehen, die förmliche Inquisition wider ihn nebst der etwa erforderlichen Suspension von seinem Amte veranlaßt.

§. 16.

Beschwerden in Amtssachen gegen das ganze Collegium oder deren Präsidenten müssen unmittelbar bey dem Landesministerio zum Vortrage an Unsere höchste Person angebracht, und zugleich jedesmal gehörig bescheinigt werden.

§. 17.

Wenn bey diesen Untersuchungen sich offenbaret, daß ein solcher Staatsbedienter wirklich seine Pflicht vernachlässiget oder aus den Augen gesetzt, eine Ungerechtigkeit verübt, den Vorschriften der Gesetze und den Obliegenheiten seines Amtes zuwider gehandelt habe; so soll derselbe zuörderst allen der Parthey dadurch verursachten Schaden, sofort zu ersetzen, ohne processualische Weitläufigkeiten, mittelst Execution angehalten, außerdem aber mit den nach Beschaffenheit und Grösse des Vergehens und der dabey zum Grunde liegenden Absicht, in den Criminalgesetzen bestimmten scharfen und unerläßlichen Strafen belegt werden.

§. 18.

Wir wollen daher alle und jede höhere und niedere Staatsbedienten hierdurch ernstlich warnen, sich nach vorstehenden Anweisungen und Bedeutungen auf das genaueste zu achten, nicht nur für allen groben und vorsätzlichen Ungerechtigkeiten sich sorgfältig zu hüten, sondern auch bey Besorgung der ihnen aufgetragenen Amtsgeschäfte alle

und jede Leidenschaften von sich entfernt seyn zu lassen, selbst den Schein der Partheylichkeit und Animosität mit gewissenhafter Aufmerksamkeit zu vermeiden; von keiner Parthey, welche bey dem Collegio einen Proceß oder sonst etwas zu suchen hat, etwas an Gelde oder Geldeswerth, es habe Namen, wie es wolle, unter keinerley Vorwand weder selbst anzunehmen, noch durch Angehörige, Dienstboten, oder andere annehmen zu lassen, allen familiären Umgang und Verbindungen mit solchen Partheyen gänzlich zu vermeiden; und mit einem Worte, keine Rücksicht oder Betrachtung in der Welt, es sey Menschenfurcht, Vorurtheil des Ansehens, Freundschaft, Feindschaft, Haß, Neid, oder irgend sonst aus Leidenschaften, Privatinteresse, und andern Nebenabsichten herfließende unlautere Bewegungsgründe sich von der genauen Beobachtung ihrer, Gott, dem Staate und der Gerechtigkeit so theuer angelobten Pflichten abwendig machen, oder zurückhalten zu lassen.

§. 19.

Wenn ein Staatsbedienter überführt wird, von einer Parthey *Geschenke* angenommen zu haben; so soll dies allein schon hinreichend seyn, ihn zur Cassation und weitem Bestrafung zu qualificiren; gesetzt auch, daß er um dieser Geschenke willen, das Recht selbst gebeugt zu haben, nicht überwiesen werden könnte.

§. 20.

Wenn eine Parthey sich beykommen läßt, einem Staatsbedienten Geschenke zu versprechen, oder wirklich anzubieten; so soll ein solcher Staatsbedienter bey schwerer Verantwortung schuldig seyn, dergleichen Ansinnen dem Präsidenten oder Chef des Collegii sofort anzuzeigen; und dieser soll den Fiscal gegen einen solchen Menschen unverzüglich excitiren, damit derselbe, dieses seines Unternehmens halber, zur gebührender Verantwortung gezogen und nach Befinden der Umstände nachdrücklich bestraft werden möge.

§. 21.

Wer durch Geschenke und Bestechungen bey den Behörden eine ungerechte Verfügung oder Erkenntniß erschlichen hat; ingleichen derjenige, welcher sich dazu auf irgend eine Art als Unterhändler gebrauchen lassen, soll zur Inquisition gezogen, und wenn er der Beschuldigung überführt wird, ihm nicht allein in allen seinen künftigen gerichtlichen Verhandlungen alle Glaubwürdigkeit und alle Fähigkeit zur Ableistung eines nothwendigen oder Zeugeneides abgesprochen, sondern er soll auch noch über alles dieses an Leibe oder Gütern empfindlich bestraft werden, und zwar

- 1) wenn er einer Gerichtsperson Geschenke oder Vortheile anbot, um sich dieselbe in seinen Amtsangelegenheiten überhaupt geneigt zu

machen; so soll er um den vierfachen Betrag des Angebotenen bestraft werden.

- 2) Wenn das Gebot zu einer gewissen *bestimmten* Angelegenheit geschah, so soll er eben so viel an Strafe erlegen, als der Vortheil beträgt, den er dadurch hat erlangen wollen und können.
- 3) Läßt sich aber der angebotene Vortheil nicht in Gelde schätzen; so soll der Anbietende mit verhältnismässiger Gefängnißstrafe angesehen werden.

Übrigens bleibt derselbe, wie es sich schon von selbst versteht dem Gegentheile, wegen alles durch die bewirkte Ungerechtigkeit entstandenen Schadens mit dem strafbaren Staatsbedienten zugleich und in solidum verhaftet.

§. 22.

So wie Wir aber sämmtlichen Unterthanen gegen alle unrechtmässigen Bedrückungen und Beeinträchtigungen nachdrücklichen Schutz verschaffen, und die dahin abzielenden Vergehungen aller und jeder Staatsbedienten mit Ernst und Strenge geahndet wissen wollen; so sind Wir jedoch auf der andern Seite eben so wenig gemeint, denjenigen, welche sich über die Verfügungen ihrer Obrigkeit ohne Grund und Ursache beschweren, und sich ihres Unrechts nicht bedeuten oder belehren lassen, in ihrem Ungehorsam nachzusehen, oder wohl gar die Behörden den Verleumdungen boshafter, auf-

gebrachter und mißvergnügter Partheyen Preis zu geben; vielmehr soll denselben gegen dergleichen ungegründete Beschuldigungen eben so nachdrücklicher Schuz widerfahren und Genugthuung verschafft werden.

§. 23.

Da einem jeden sonach hinlängliche Gelegenheit angewiesen ist, seine Beschwerden und Gesuche auf eine gesetz- und regelmäsige Art anzubringen; so haben diejenigen, welche davon keinen Gebrauch machen, sondern dennoch zu *Winkelschriftstellern* und *unbefugten Consulanten* ihre Zuflucht nehmen, zu gewärtigen, daß auf ihre schriftlichen Vorstellungen, die von keinen Advocaten unterschrieben und legalisirt, oder nicht gehörig zu Protocoll gegeben sind, gar keine Rücksicht genommen, sondern ihnen dieselben ohne weitere Verfügung zurückgegeben werden.

§. 24.

Diejenigen Partheyen, welche sich der vorgeschriebenen Ordnung nicht unterwerfen, sondern entweder das Collegium und deren Vorgesetzte mit offenbar grundlosen und widerrechtlichen Beschwerden gegen bessere Wissenschaft und Überzeugung belästigen, oder nachdem sie ihres Unrechts gehörig bedeutet worden, mit ihren Klagen dennoch fortfahren, und durch wiederhohltes ungestümmes Suppliciren etwas, so gegen Recht und Ordnung

ist, durchzusetzen und zu erzwingen suchen, oder die endlich das Landesministerium oder gar Unsere höchste Person mit falschen und unrichtigen Darstellungen ihrer Angelegenheiten, oder mit unwahren und erdichteten Beschuldigungen und Verunglimpfungen des Collegii und der Gerichte zu behelligen sich unterfangen, sollen als muthwillige oder boshafte Querulanten angesehen, ihnen der Proceß gemacht, und über ihre Bestrafung rechtlich erkannt werden.

§. 25.

Gegen einen solchen unbefugten Querulanten soll, nach Beschaffenheit der Umstände des mehr oder minder offenbaren Ungrunds seiner Beschwerden und des dabey erwiesenen Grades von Bosheit und Hartnäckigkeit, Gefängniß - oder Zuchthausstrafe von 14 Tagen bis zu 6 Monaten statt finden.

§. 26.

Persönliche Anschuldigungen gegen Staatsdiener wegen verletzten oder vernachlässigten Amtspflichten, wenn sie bey gehöriger Untersuchung ungegründet befunden werden, sollen mit dem Doppelten, der Hälfte und dem Drittheil der auf die Injurie gesetzten Strafe angesehen werden, je nachdem die Injurie gegen einen der ersten Staatsdiener oder gegen Mitglieder des Landes-Collegii, oder gegen einen Unterbedienten gerichtet war. Die

Strafe kann bis zu zweyjähriger Zuchthausstrafe geschärft werden, wenn Justitz-Collegia und Bediente der Bestechung oder einer aus Animosität oder Privatleidenschaft vorsetzlich begangenen Ungerechtigkeit ohne Grund beschuldigt werden.

§. 27.

Wenn unruhige und unbedeutsame Partheyen sich an *Winkelschriftsteller* und *Consulanten* wenden, die sich außserhalb Landes an den Gränzen aufhalten, und denen daher durch die einländischen Gerichte unmittelbar nicht Einhalt geschehen kann; so soll die Landesregierung, wenn dergleichen Fälle zu ihrer Kenntniß gelangen, die auswärtige Behörde sofort requiriren, daß einem solchen Menschen alles fernere Verkehr dieser Art mit hiesigen Unterthanen ernstlich und bey verhältnißmäßiger Bestrafung untersagt, auch diese Strafe, bey erfolgter Übertretung des Verbots, wirklich vollzogen werde. Geschieht dieser Requisition kein Genüge; so muß davon an das Landesministerium zur weitem Rücksprache mit den auswärtigen Behörden berichtet werden. Wäre aber auch auf diesem Wege dem fernern unbefugten Einmischen solcher fremden Consulanten in hiesige Rechtssachen nicht Einhalt zu thun; so hat die innländische Parthey, welche sich derselben bedient, schon dadurch allein verhältnißmäßige Geld- oder Gefängnißstrafe verwirkt.

§. 28.

Urkundlich haben Wir dieses Organisations-Patent eigenhändig vollzogen, mit Unsern grossen Cabinets - Insiegel bedrucken und zu Jedermanns Wissenschaft zum Druck befördern lassen.

Coburg den 1ten May 1802.

(L.S.) *Franz H. zu S. C. u. S.*

von Kretschmann.

III.

Politisch - religiöse Miscellen.

W*ien, München, Paris, Florenz, Madrit, Petersburg* und manche *protestantische* Staaten, liefern in Absicht auf Kirchensachen, Geistlichkeit, Toleranz und öffentlichen Unterricht, *zu gleicher Zeit* ganz verschiedene Ansichten und völlig entgegengesetzte Grundsätze.

In dem einen Staate arbeitet die Regierung dem Mönchsgeiste aus allen Kräften entgegen: in dem andern wird ihm Schutz und Erneuerung zu Theil, und man stellt die alten Privilegien der Geistlichkeit wieder her. Während in dem einen der Geistlichkeit die Büchercensur, in dem andern der öffentliche Unterricht und die National-Erziehung wieder anvertraut wird, entfernt man sie in dem andern davon, um den Geist der Jugend von ultramontanischen Principien frei zu halten.

Hier hebt man Klöster und andere geistliche Stiftungen auf: dort stellt man sie, nachdem sie längst aufgehoben und beinahe vergessen waren, wieder her, und vertraut die Erziehung des Kronprinzen, einem Exjesuiten an: in einem dritten Staate hebt die heilige Inquisition ihr Haupt hoch empor, schickt einen Staatsminister vermunimt nach

den Philippinen, und stürzt seine Freunde, weil sie die Inquisition mit dem Staatszwecke nicht zu vereinigen wußten: in einem vierten sagt der Souverain die Geistlichkeit von aller Staatsaufsicht gänzlich los, und erklärt dieses, vor den Augen von ganz Europa „für so *augenscheinlich gerecht*, daß es gar keiner Discussion bedürfe.,,

Eine neue Verordnung befiehlt, in den *österreichischen* Staaten Schutz und Gastfreundschaft zu üben gegen die aus Baiern, freiwillig oder notwendig, sich entfernenden Mönche. Es sollen diejenigen Mönche aus den in Baiern aufgehobenen Klöstern, welche aus den österreichischen Erbstaaten gebürtig sind, daselbst wieder aufgenommen, und in die bestehenden Klöster eingetheilt werden. Jene Mönche aber aus diesen aufgehobenen Klöstern, die keine kaiserliche Eingeborne sind, erhalten ebenfalls Eintritt in die Erblande, und können nach Verhältniß ihrer Fähigkeiten bei den Pfarrern auf dem Lande als Gehülfen angestellt, und zur Seelsorge verwendet werden.

Der Unterricht in der Philosophie, muß in *Oestreich* wieder in lateinischer Sprache vorgetragen werden. Zum Fonds des General-Priester-Seminariums in Wien, und der Convikte in den Provinzen, die unter Joseph II. errichtet, unter Leopold II. aufgehoben, und nun wiederhergestellt worden, sollen alle vorigen Gebäude, Güter und Einkünfte, wenn sie noch bestehen, wieder verwendet, im

Falle der Veräusserung aber aus der Religions-Casse ersetzt werden. Die Zöglinge in dem wiener General - Seminarium sollen, unter Aufsicht und in Gesellschaft der geistlichen Lehrer leben, und die Universität frequentiren. Die Studien - Stiftungen sollen zu ihrem Ursprunge zurückgeführt, und die Stifftlinge dem Sinne und der Bestimmung des Stifters näher gebracht werden. In dieser Hinsicht müssen die Studirenden, welche seit vielen Jahren ihre Stipendien in der Freiheit genossen, bei ihren Eltern oder Anverwandten gewohnt, und von da aus das Gymnasium oder die Universität besucht haben, künftig in besondern Gebäuden unter beständiger Aufsicht der Lehrer beisammen wohnen. Die Besoldungen der Pfarrer sollen aus dem Religionsfonds so verbessert werden, daß künftig jede Pfarre wenigstens 1000 Gulden eintragen soll, damit derjenige, der sich mit der Seelsorge abgeben muß, von aller Nahrungssorge frei bleibe.

Alle aufgehobene *Klöster* in *Oestreich*, von denen noch einige Geistliche (wären es auch nur 3 oder 4) vorhanden sind, sollen wieder hergestellt werden. Der Religionsfonds muß das, was er an liegenden Gütern eingezogen, herausgeben. Wegen der schon verkauften Güter, sollen die Klöster mit den Käufern gütliche Übereinkunft, wegen Zurückgabe derselben, treffen. Alle Pensionen der Klostergeistlichen hören auf; ihre vorige Lebens- und Unterhaltungsart wird wiederhergestellt, und sie müssen sich in

ihre Ordensregeln wieder fügen. Die Klöster sollen ihre junge Geistliche bei sich, und nicht auswärts studiren lassen; nur zum Examen sollen sie dieselben auf den Fall abschicken, wenn das Kloster mit geprüften und bestätigten Professoren nicht versehen ist.

Eben so ist in *Oestreich* durch eine landesherrliche Verordnung wieder erlaubt worden, daß die *Wallfahrts* - und *Gnaden* - Orte besucht werden dürfen. Die Geistlichen sind verbunden, auf Verlangen der Gemeinden die *Procession* zu führen, und ihrer Gemeinde den Gottesdienst zu halten. Die *heiligen Gräber* mußten schon in diesem Jahre mit der vorigen Pracht hergestellt, und die Auferstehung mit mehr Pomp, in Hinsicht auf Beleuchtung und Musik, auch später, als sonst, gehalten werden. Gerade um dieselbe Zeit, wurden in der *Unterpfalz* alle *Wallfahrts* - *Processionen* streng verboten. Aber in *München* verübte der Pöbel, der einen *Wallfahrts* - Einzug in die Stadt mit Gewalt durchsetzen wollte, grossen Unfug.

Zu einer Zeit, wo es unmöglich schien, daß man plötzlich, ohne gewaltsame Erschütterung und Murren des Volkes, von der Gewissensfreiheit des achtzehnten Jahrhunderts zu dem Inquisitionsgeiste des zwölften zurückschreiten könne, liefert *Toscana* das Schauspiel eines Volkes, welches, im Jahre 1802, mit Hundedemuth seinen Nacken unter das Joch der Priester schmiegt, und Gedanken und Schriften

der Herrschaft der Bonzen unterwirft; Toscana, das unter seinem Peter Leopold so glücklich war, und seitdem das beneidenswerthe Loos hatte, unter weisen und milden Gesetzen, und einer wahrhaft väterlichen Staatsverwaltung zu stehen. Dafs eine so unerwartete Veränderung so leicht und ruhig von statten gehen konnte, ist weit weniger begreiflich, als die neuesten Staatsveränderungen von Toscana. Diese wurden auf dem Schlachtfelde, und mitten unter dem Getöse der Revolutionsfluthen festgesetzt: aber die Geistes- und Gewissensclaverei ward mitten im Frieden und bei dem hellen Mittagslichte der Aufklärung, eben so geschwind beschlossen, als ausgeführt. Nenne man doch laut und öffentlich die Obscuranten und Verstandeshä-scher von Hetrurien, welche die Lenksamkeit eines jungen, in der schweren Kunst zu herrschen noch ungeübten Fürsten mißbrauchten, um seiner Schwäche eine Maasregel abzulocken, die dem gesunden Menschenverstande nicht weniger entgegen, als für die Ruhe des Staates gefährlich ist!

Darf man einer Nachricht in dem *Clef du cabinet* Glauben beimessen; so traf in Rom zu eben der Zeit, wo die Nachricht einlangte, dafs der König von *Hetrurien* sich der Geistlichkeit so zu sagen auf Discretion ergeben habe, ein spanischer Courier bei dem heil. Vater ein, mit einer Botschaft des Königs von *Spanien*, dafs in Hinsicht auf das französische Concordat, in Spanien mit der Geist-

lichkeit ähnliche Reformen, wie in Östreich unter Joseph II, sollen vorgenommen werden.

Unter den neuesten Begünstigungen der Geistlichkeit in den *österreichischen* Staaten, ist auch das den Klöstern, von Joseph II. ihnen entzogene Recht wieder gegeben, daß sie ihre Mitglieder und Untergebene mit harten Strafen belegen und einkerkern dürfen, ohne diesen den Recurs an die Staatsbehörden frei zu lassen. Nur bei dem Diöcesan-Bischof findet deshalb Beschwerde statt. Für eitle Sagen hielten es viele, wenn in Druckschriften gegen neuere Beispiele von eingemauerten Religiosen declamirt ward, als französische Soldaten, bei der Einnahme von *Mantua*, fanatische Greuel dortiger Mönchs- und Nonnenklöster enthüllten, und unter andern eine junge Nonne aus einer unterirdischen Höle befreien, wo Privathafs und Rachsucht sie lebendig begraben hatten. Wie glücklich ist *Baiern* zu preisen, daß es unter der Mönchskutte in Zukunft weder Tyrannen, noch Schlachtopfer mehr erblicken darf!

Kaum hat die Regierung in *Frankreich* Nachgiebigkeit gegen den Papst und die Geistlichkeit blicken lassen, so erblickt man schon auf den Märkten von Paris Krambuden, die mit Köpfen, Armen, Beinen, Zähnen und Füßen der Heiligen, mit Schnitzbildern und Paramenten angefüllt sind, die man, zum grossen Aergerniß der Philantropen, zum Verkauf anbietet, während auf der linken Sei-

te des Rheins mancher republikanischer Katholik, über das Concordat ergrimmt, sich den Reformirten beigesellt. In *Baiern* und einigen andern katholischen Ländern Teutschlandes, könnten jene Reliquientrödler sich jetzt ein ausgezuchtes und vollständiges Sortiment um billige Preise verschaffen. Begiebt der Consul Cambaceres sich nach der Messe; so läutet man jedesmal, ihm allein zu Ehren, bei dem Hin- und Weggehen, mit der Glocke, daß es in allen französischen Zeitungen wiederhallt. Was würde erst geschehen, wenn *Bonaparte* in die Messe, oder gar zur — Beichte gieng. Während der Erhaltung - Senat dem ersten Consul das sonderbare Compliment macht, er habe die Nation mit der Religion wieder ausgesöhnt, belegen französische Republikaner das Concordat mit dem Titel einer Capitulation der Vernunft mit der Unvernunft. So wechseln Licht und Finsterniß, Aufklärung und Obscurantismus, laut der Weltgeschichte, wie die Moden!

Während in *Baiern* der kaum aufgehobene Malteserorden wiederhergestellt wird, erklärt der König von *Spanien*, sich zum Großmeister desselben in seinen Staaten, und nimmt die Einkünfte des Ordens, mit ausdrücklicher Berufung auf das Beispiel von *Baiern*, zu seiner Disposition. In *Wien* beschäftigt man sich mit einem neuen Censur-Reglement: zu *Petersburg* schränkt man die Büchercensur ein. An den Ufern der *Donau*, meldet ein französisches

Journal, ist man im Begriffe in den Schmelztiegel einer neuen Censur alle Werke zu werfen, die seit dem Tode der, durch ihre Frömmigkeit so berühmten Kaiserin Maria Theresia erschienen, oder eingeführt worden sind: an den Ufern der *Newa* zieht man alle Schriften aus Europa, alle Werke der Gelehrten, der Litteratoren und der Philosophen herbei, durch Vernichtung der vorigen Bücherverbote und Schlagbäume. In Jahrhunderten der Barbarei, hatte man in Europa Asyle eingeführt, für angeklagte und verfolgte Personen: in civilisirten Jahrhunderten hat man das Bedürfnis gefühlt, Asyle für Gedanken und Bücher einzuführen.

Alexander I. hat nicht nur die Censur- und Pressfreiheit wiederhergestellt, sondern auch eine Commission ernannt, welche alle litterarische Anstalten in *Russland* revidiren soll, damit sie mit dem jetzigen Zustande der Wissenschaften und den Fortschritten der Aufklärung gleichen Schritt halten. Die russische Akademie hat eine vollständige russische Sprachlehre drucken lassen. Der Kaiser belohnt nützliche Talente und wichtige Erfindungen. Nicolaus Kalutgin, aus Moscau, hat eine Manier erfunden, wollene Stoffe mit Saft von Brennesseln dunkelgrün zu färben; er erhielt ein Geschenk von 500 Rubel und eine Stelle in einer Manufactur, welche der Krone gehört. v. Vitzthum überreichte den jungen Großherzogen ein Werk über die Taktik; der Kaiser schenkte ihm 6000 Rubel und eine

goldene Dose. Für die Redaction der russischen Sprachlehre, erhielt der Unterbibliothekar der Akademie der Wissenschaften, Sozolóf, ansehnliche Geschenke. Eben so der Etatsrath Rumofschi, Vicepräsident der Akademie der Wissenschaften, für funzigjährige Dienste und astronomische Beobachtungen; und auch der Bibliothekar gedachter Akademie, Schubert. Versteht eine Regierung sich auf den grossen Hebel der Belohnungen und der Ehre (ein unerschöpflicher Schatz)! so kann sie grosse Männer und grosse Dinge hervorbringen. Alexander I. hat, durch einen eigenen Ukas, grosse Belohnungen ausgesetzt für neue, nützliche Erfindungen jeder Art. Auch ist ein eigener Commerz-Minister, in der Person des Grafen Nicolaus Rumanzof, ernannt worden.

In *Preussen* und *England*, in *Schweden* und *Dänemark* hört man nichts von Reformen im geistlichen und wissenschaftlichen Fache. Die Regierungen in diesen Staaten, folgen mit festem Schritte den Grundsätzen vernünftiger Aufklärung und Gewissensfreiheit, welche die Vernunft gebietet und die Erfahrung bewährt hat.

IV.

Mittel wider die Sittenlosigkeit der Schuljugend in Ungarn.

Eine königliche *ungarische* Verordnung vom 17. März d. J. schreibt folgende Mittel wider die Sittenlosigkeit der Schuljugend in Ungarn, vor :

1) Nicht nur in den *Gymnasien*, sondern auch in den *Akademien*, soll die Jugend *wöchentlich* durch *zwei Stunden* in der Christenlehre unterrichtet werden.

2) Dieselbe soll *monatlich*, unter *besonderer Aufsicht* ihrer Vorsteher und Professoren, das heilige *Sacrament des Altars*, *andachtsvoll* empfangen *).

3) Sie soll *allen* christlichen Übungen *erbaulich* beiwohnen.

4) *Alle Theater, Bälle, Schenk- und Kaffeehäuser* sind der Jugend dergestalt verboten, daß ihr *nicht einmal mit Eltern* dahin zu gehen erlaubt seyn solle; wovon selbst die nicht ausgenommen sind, welche die Rechte oder die Medicin studiren.

5) Allen Wirthen und Kaffeesiedern ist bei Strafe untersagt, den Jünglingen Gelegenheit zum *Spiele*n zu verschaffen. Daher wird diese Verordnung

6) jenen abschriftlich mitgetheilt, und aller Orten öffentlich angeheftet. Wonach sich zu achten!

*) Der berühmte Criminalist *Carpzov*, welcher 20,000 Todesurtheile verfaßt haben *soll*, empfing auch *monatlich* das heilige Abendmal.

V.

Ruf der baierischen Aufklärung.

Ein französisches Journal macht hierüber folgende Anmerkung: Die Grundsätze, von welchen die Regierung in Baiern mehr und mehr geleitet wird, sind schon so tolerant in Absicht auf die Religion, und so liberal in der Politik, daß eine Gesellschaft wiener Gelehrten, welche *Annalen der österreichischen und baierischen Litteratur* edirte, sich genötigt gesehen hat, auf die Hälfte dieses Titels zu verzichten, um sich nicht einem Verbote ihrer Zeitschrift auszusetzen. Romano viuito more.

Es würde befremden, wenn nicht mitten unter den nützlichen Reformen, welche der Kurfürst von Baiern gemacht hat, eine Opposition sich zeigte. Unwissenheit und Gewohnheit müssen in jedem Lande ihre Rolle spielen. So haben denn auch in Baiern der Monachismus und die Intoleranz Mittel gefunden, wider die neuen Maasregeln der Regierung, und unter andern wider das Toleranz-Edikt und gegen die Verordnung wegen der Klöster-Reform, durch die Deputation der Landstände Reclamationen machen zu lassen; als wenn alle Arten der Gottesverehrung und alle Religionen, am Fusse des Thrones der Allmacht nicht dieselben wären;

als wenn das lächerliche Mönchsthum zu der Organisation und dem Gange der Staaten notwendig wäre. Die Vorstellung der landständischen Deputation beschuldigt den Staatsrath des Kurfürsten, daß derselbe eine *revolutionäre Bewegung leiten wolle*. Mit diesen Schreckensworten hofften die Anhänger der Mönche Reformen bedenklich oder verhaßt zu machen, die für das Gedeihen des fruchtbaren Baiernlandes so notwendig sind. Aber der Staatsrath verfolgt seinen Plan mit dem Muthe und der Energie, welche das Bewußtseyn des Guten einflößt; er hat für gut gefunden, zwei sehr treffende Schriften bekannt zu machen, um die Deputation der Landstände siegreich zu widerlegen. Baiern muß sich glücklich schätzen, unter einer Regierung zu stehen, welche Reformen ohne Gewaltthätigkeit bewirkt, Mißbräuche ohne Erschütterung zernichtet, Toleranz durch blosse Edikte einführt, und grosse Veränderungen ohne das, was man Revolution nennt, zu Stande bringt.

VI.

Ci - devants in Paris.

Es war vorauszusehen, daß der größte Theil der nach Frankreich zurückgelassenen Ausgewanderten, ihren alten *Standesvorurtheilen* und ihrem *Isolirungs - Systeme* so leicht nicht entsagen würden. Ein solches Opfer konnte die Republik, auch bei der gesuchtesten Schonung und Milde, von diesen Menschen nicht erwarten. Art läßt nicht von Art.

„Die Gazette de France (heißt es in dem Journal des défenseurs de la patrie) hat für ihre Abonnirten wenigstens *den* Vorthail, daß sie ihnen die Orte anzeigt, wo man in Paris den französischen *Weiland - Adel* versammelt findet, und das französische *Volk* sich ergötzen sieht; dieses Volk, welches zwölf muth- und ruhmvolle Jahre lang wider alle Coalitionen von Europa sich aufrecht erhalten, und, im Bunde mit dem Sieg, mit *Vertilgung* des *Patriciats* und des *Adels*, der *Feudalität* und der *Schlösser*, der *blauen Bänder* und der *Apanagen* geendigt hat. Die Gazette de France sieht das *Volk* nur am Sonntage in den Dorfschenken, in den kleinen Schauspielen und auf den Wällen. Dieser Zeitungsschreiber hat ein kurzes Gesicht. Das französische *Volk* sieht man Tag vor

Tag, von den Alpen bis zu dem Ocean, von dem Rhein bis an die Pyrenäen, als Sieger und arbeit-
sam, als Friedensstifter und großmüthig gegen sei-
ne grausamsten Feinde. Der *Monsieur*, welcher die
Gazette de France verfaßt, und der so sehr von
Plebejern spricht, ist wohl ein Abkömmling jener
berühmten römischen Patricier oder Ritter, oder je-
ner Menschengeschlechter aus der Feudalzeit, oder
jener edlen Zollpächter unter Carl VI., oder jener
erlauchten Nimrode oder Wildschützen der folgen-
den Regierungen. Zum wenigsten muß man sech-
zehn Ahnen haben, um eine solche Zeitung zu
schreiben, und unter den toleranten Blicken fran-
zösischer Staatsgenossen (*citoyens*) leben.,,

VII.

Ablafs und Festtage in Frankreich.

Auch der *Ablafskram* ist mit der neuen kirchlichen Ordnung, d. h. seitdem Bonaparte die fast auslöschende Fackel der Hierarchie wieder angeblasen hat, nach Frankreich zurückgekehrt. Der Cardinal-Legat Caprara hat am 9. April 1802, zu Paris aus dem Hause seiner Residenz (wie er sich ausdrückt) einen Ablafs, in Form eines Jubiläums, durch eine Proklamation erlassen. Der Ton, aus welchem dieser Apostel zu dem französischen Volke spricht und sprechen *darf*, ist zu merkwürdig und für die Art und den Umfang seiner bevorstehenden Wirksamkeit zu verkündigend, als dafs er dem Beobachter der Zeitgeschichte gleichgültig seyn könnte.

„Die katholische Religion (die Hierarchie) hat ihre *alte* Freiheit wieder erhalten (sagt der Legat). Nächst Gott, haben die Franzosen dieses dem erlauchten ersten Consul zu danken, dessen sich der Höchste als eines Werkzeugs zu Bewirkung eines so grossen Kleinods bedient hat. Für diese Wohlthat muß man Gott dankbar seyn, durch wahre Frömmigkeit und christliche Liebe. Zu dem Ende müssen wir uns von den Lastern befreien, die uns der

'Slaverey des Teufels überliefern. Wir müssen damit anfangen, daß wir uns von unsern Verbrechen durch das heilsame Wasser der Busse reinigen, und so wieder mit Gott ausgesöhnt werden. Freut euch also, Franzosen! Ihr könnt nun *wieder* aus dem *Abgrund* in den Schoofs der göttlichen Gnade *zurückkehren*. Ihr könnt durch den *Ablafs* der Kirche von allen *zeitlichen* Strafen befreit werden, die ihr verdient habt. Zu dem Ende machen wir den *Ablafs in Form eines Jubiläums* bekannt, für Alle, die das grosse Land der französischen Republik bewohnen. Dieser Ablafs soll 30 Tage dauern (eine kurze, peremtorische Frist)! Während dieser Frist bewilligt der heil. Vater Ablafs und *volle Vergebung der Sünden*, allen und jeden der Gläubigen, die mit bußfertigem Herzen und nach Empfang des heil. Abendmals diejenige Kirche besuchen werden, welche der Erzbischof, Bischof etc. etc. jedes Sprengels bezeichnen wird. Die Gläubigen können sich nach Belieben ihren Geistlichen wählen, dem sie ihre Sünden bekennen wollen.,

Auch die *Festtage*, doch in sehr mäsiger Anzahl, hat der Legat in Frankreich wieder eingeführt, wozu die jetzige Lage der Dinge (wie er sagt) Veranlassung gegeben. Diesem zufolge sollen, ausser den *Sonntagen* (worunter also Ostern und Pfingsten ebenfalls begriffen sind), nur folgende Festtage gefeiert werden: 1) der Tag der *Geburt*

Christi, 2) *Mariä Himmelfahrt*, 3) *Allerheiligen*; so das künftig alle Einwohner an den übrigen Festtagen befreit sind von der Pflicht, die Messe zu hören, sich der knechtischen Arbeiten zu enthalten, und den Tag vor jenen Festtagen zu fasten. Die *Patronat-Festtage* und alle übrigen sind auf den Sonntag verlegt.

VIII.

Kalender-Reform in Frankreich.

Der sogenannte *republicanische* oder *decimale Kalender* vereinigt allerdings, manche Vortheile, die man bei dem gregorianischen und dem verbesserten julianischen Kalender vermisst. Aber so lang jener nicht durchgängig in Europa eingeführt ist, werden diese Vortheile von den Schwierigkeiten und Hindernissen überwogen, womit die Abweichung der beiden Kalender im Verkehr und in dem gemeinen Leben unvermeidlich verbunden ist. Da nun nicht zu hoffen ist, daß das nicht-französische Europa nachgeben, und den neufranzösischen Kalender, zumal was die republikanische *Jahrzahl* betrifft, annehmen werde; so ist zu wünschen, daß Frankreich zu seinem alten Kalender zurückkehren möge.

Viele haben geglaubt, dieser Wunsch werde bei Einführung der neuen kirchlichen Ordnung in Erfüllung gehen. Aber bis jetzt ist er nur zum Theil erfüllt worden. Was seither geschehen ist, wollen wir angeben.

1) Seit dem ersten Ostertage 1802, 18. April, datirt die pariser officiële politische Zeitung, der

Moniteur (und so auch andere pariser Tageblätter), nach der alten *Benennung* der *Wochentage*, aber mit Beibehaltung der republikanischen Zeitrechnung, z. B. *Sonntag*, den 28. Germinal. Das Journal des défenseurs de la patrie (welches seit einiger Zeit seinem Titel noch folgenden Zusatz gegeben hat: et des acquéreurs de domaines nationaux) ist das einzige, welches noch nicht den Wochentag vor dem Datum nach dem neuen Kalender setzt.

2) Der *Sonntag* ist der *Ruhetag* für alle Staatsbehörden und öffentliche Beamte.

3) Alle Audienzen der Minister, alle Zahlungen des National-Schatzes, und sogar die Vorstellungen im Operntheater, sind nun wieder nach den *Wochentagen* eingerichtet, und diese führen die alten Namen.

4) Der Cardinal-Legat Caprara zu *Paris*, datirt, unter den Augen der Regierung, seine Proklamationen für *Frankreich*, ganz allein nach der alten Zeitrechnung. Und doch heisst es ausdrücklich in den organischen Artikeln des Concordats: „in *allen* kirchlichen und religiösen Acten muß man sich des Äquinocial-Kalenders bedienen, den die Gesetze der Republik verordnen.“

5) Seit dem Frieden von Amiens führen die französischen Zeitungen, neben dem republikanischen

Datum, in einer Parenthese jedesmal auch das *Datum des alten Styls*, z. B. (28. Août 1802. v. st.). Auch ist bemerkenswerth, daß seit derselben Epoche auf dem Stempel der Republik, womit die französischen Zeitungen bezeichnet werden, die Göttin der Freiheit nicht mehr stehend, sondern *sitzend* abgebildet wird.

IX.

Militär-Reformen à la française.

Die neuern französischen Journalisten scheinen ziemlich allgemein die Sitte angenommen zu haben, alle Reformen, die in den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung, ausserhalb Frankreich neuerdings erfolgen, als Nachahmung der neufranzösischen Anstalten anzupreisen, so bald nur einige Analogie mit diesen sich auffinden läßt. Daher das stete Parallelisiren der neuen Operationen der Regierungen in Rußland, Preussen, Baiern und Spanien mit denen des neuorganisirten Frankreichs. In ihren Augen ist Frankreich jetzt der *Musterstaat* für Europa. Wenn es billig und gerecht ist, das Gute, was man bei andern Nationen findet, nachzuahmen, so sollte doch die Eigenliebe nie so weit verleiten, daß man überall, wo ähnliche Einrichtungen statt finden, bloß Nachahmung suche.

Frankreich selbst, wenn es gerecht seyn will, wird einräumen, daß es bei andern Nationen, vorzüglich bei der englischen und teutschen, noch sehr viel wesentliches Gute giebt, was in Frankreich nachgeahmt zu werden sehr verdient. Eine Gesellschaft von Franzosen, die den öffentlichen Unterricht in Frankreich zu organisiren hätte, würde von

einer *literarisch-pädagogischen Entdeckungsreise* in Teutschland, sehr bereichert zurückkehren.

Die von französischen Schriftstellern so sehr gepriesenen Reformen in Baiern, sind doch wohl keine Nachahmung des französisch-curialistischen Concordats! Der letzte protestantische Staat in Teutschland, würde nie des Entschlusses fähig seyn, im politisch-kirchlichen System solche Rückschritte zu thun, wovon Frankreich, das überall seinen Geist der Philosophie und Civilisation rühmt, das neueste Beispiel, zum Erstaunen des ganzen protestantischen Europa, gegeben hat.

Keine teutsche Akademie wäre fähig gewesen, die Preisfrage des pariser National-Instituts, von dem Einflusse der lutherischen Reformation auf die Civilisation, anzukündigen. Wer sich die Mühe nehmen will, einen Auszug aus Luthers Biographien — von *Schröckh* und in dem *Pantheon* der Teutschen, — aus *Plancks* Geschichte des protestantischen Lehrbegriffs, aus *Posselts* Taschenbuch für die neueste Geschichte (Jahrgang 1794, S. 40 ff.) aus den Schriften *Burnets*, *Seckendorfs*, *Hausens*, *Hammerdörfers*, *Robertsons*, und selbst des französischen *Beausobre*, à la française zu machen, wird den Preis gewinnen. Er wird größtentheils mit den eigenen Worten anderer, in Teutschland sehr bekannten Schriftsteller zeigen können, wie die Reformation, in Teutschland und in der Schweiz entsprungen, ihren Ausfluß durch ganz

Europa genommen, und wie der immer mehr anwachsende Strom dort mit Gewalt gehemmt, hier zur Fruchtbarkeit ganzer Länder fortgeleitet worden sey. Hätte doch das National-Institut jene Preisfrage aufgegeben, ehe das Concordat abgeschlossen war! Vielleicht wäre die Frage dann ein: *Nachbar, mit Rath!* für den ersten Consul gewesen, ehe er den berühmten Zug that.

Nichts ist bekannter, als daß auch die *Kriegswissenschaft* und das *Militär* ihre Moden haben. Die Weltgeschichte spricht laut davon. Der *preussische* Staat gab hierinn, seit mehr denn achtzig Jahren den Ton an für die europäischen Kriegsheere. Noch jetzt werden die Revüen von Berlin, von neugierigen Sachkennern aus ganz Europa besucht. Beinahe mit jedem Jahre gehen mehr oder weniger Veränderungen in der preussischen Militärverfassung vor, so wie neuerdings auch in Oestreich, Rußland und Baiern. Dessen ungeachtet überreden sich viele Franzosen, es sey ein Resultat, welches der Freiheitskrieg hervorgebracht habe, daß fast alle europäischen Regierungen das Bedürfniß fühlten, die Militärverfassung zu regeneriren, die fast durchgehends ausgeartet gewesen sey.

„Als der grosse Friedrich regierte, sagt ein pariser Journal, galten seine militärische Einrichtungen nicht bloß für Preussen, nein, für Europa. Da war alles *auf preussischen Fuß* (*à la prussienne*), Waffen, Exercitium, Revüen, Manöuvres,

Uniform, Disciplin, Taktik, allenthalben in Europa folgte man dem Gesetze, welches der Sieger von Lissa, Schlesiens Eroberer vorgeschrieben hatte. Wer sollte glauben, daß auch diese preussische Militär-Revolution, der französischen Militär-Revolution Platz gemacht hat?,,

„Man meldet, daß die ganze preussische Armee eine neue Uniform erhalten soll, und daß mit ihren Waffen eine Veränderung vorgehen werde. Die Taktik, welche Friedrich II. eingeführt hatte, soll durch eine andere ersetzt werden, deren erste Versuche in diesem Jahre selbst bei den grossen Revüen von Magdeburg und Berlin statt haben werden. Briefe aus Wesel versichern, daß noch viele andere Neuerungen bei dem preussischen Kriegsheere zu erwarten seyen, wozu man durch die neue, von den französischen Truppen angenommene Manier, Krieg zu führen, genötigt werde, vorzüglich in Ansehung der leichten und schweren Artillerie. Dem Genie eines Bonaparte ziemt es, in Europa neue Bahnen zu brechen, wie es einst Friedrich that.,,

So gewiß es ist, daß bei den preussischen Truppen jetzt neue Manöuvres einstudirt werden, wie es längst von Zeit zu Zeit in diesem Staate üblich war: so können wir doch die Richtigkeit obiger französischen Nachrichten nicht verbürgen. Vielmehr ist zu wünschen, daß Sachkenner, aus den preussischen Staaten selbst, das Publikum hierüber authentisch belehren mögen.

„Sogar *Spanien*, das an der Extremität von Europa gleichsam *insularisirt* ist (heißt es in pariser Nachrichten) hat sich so eben mit neuen militärischen Einrichtungen beschäftigt. Der Friedensfürst soll die Oberaufsicht über die neuen Anstalten führen, die sich auf die Kriegskunst beziehen. Die drei Militär-Schulen, die zu Valladolid, Alcala de Henarez und Grenada errichtet worden sind, werden die jungen Leute aufnehmen, welche in die Laufbahn der Waffen eingeleitet seyn wollen. In jeder von den vier Militär-Schulen werden 200 Zöglinge aufgenommen; aber Niemand ist der Aufnahme fähig, wenn er nicht aus der Classe des Adels ist. Eine ähnliche Verfügung in Frankreich, die unter dem Minister Puiségür erfolgte, war keine der geringsten Ursachen, welche daselbst unter der zahlreichsten Classe der bürgerlichen Gesellschaft Mißvergnügen erregte!,, — C'est tout comme chez nous.

X.

Reichsjustiz gegen teutsche Landesherren.

Ein unverkennbarer Vorzug der teutschen Constitution ist die *Subordination der Landesherren* unter die *Reichsgerichte*. Hier muß der Fürst dem ärmsten und geringsten seiner Unterthanen zu Recht stehen. Wird ein teutscher Fürst mit der Souveränitätssucht befallen, steigt ihm das Püissanciren zu Sinne, erlaubt er sich obrigkeitliche oder nachbarliche Bedrückungen; so verschreiben die Reichsgerichte kräftige Arzneimittel. Möchte nur die Idiosynkrasie der Mächtigen, der Wirksamkeit dieser trefflichen Mittel nicht so oft in den Weg treten! Möchte die Bahn der Reichsjustiz seltner schneckenförmig seyn! Doch, diese Mängel sind so unheilbar nicht, daß man darum nötig hätte, Zuflucht zu nehmen zu der revolutionären Chemie, welche die Substanzen auflöset.

Der regierende Graf von *Sayn - Wittgenstein* ward von dem Reichskammergerichte, wie es in dem Urteile vom 2. Jun. 1787 heißt, „seiner geäusserten, und in wirkliche Ausübung gebrachten, *unanständigen, einen landesverderblichen Mißbrauch der Landeshoheit involvirenden Grundsätze* halber,, um 5 Mark Goldes (480 Reichsthl.) gestraft. Der Kläger war ein *armer Mann*.

Der Fürstbischof von *Speyer* ward am 16. Jun. 1787 von eben diesem Gerichte verurtheilt, der Heißlerischen Ehefrau (seiner Leibeigenen) „wegen des gegen sie unternommenen, allem *Recht* und der *Billigkeit*, auch der *teutschen bürgerlichen Freiheit* ganz entgegengehenden harten Verfahrens, und der ihr dadurch zugefügten *Beleidigung* „ 1000 Gulden zur Privatgenugthuung zu bezahlen, und eine fiskalische Strafe von zehn Mark Goldes (960 Rthlr.) zu erlegen.

Der Landgraf von *Hessen - Cassel* ward vom Reichshofrath, wegen seiner in die Grafschaft Schaumburg, Lippischen Antheils, unternommenen Invasion, in „die Schranken eines gehorsamen Reichsstandes zurückgewiesen, und im Jahre 1797 in die Strafe des Landfriedbruchs von 2000 Mark Goldes (190,000 Reichsthlr.) verurtheilt.

Eben dieser Reichshofrath erklärte gegen den *König von Preussen*, als teutschen Landesherrn, im Jahre 1723: „daß das *freie* Wegziehen der Unterthanen, in Teutschland zur *alten teutschen Freiheit* in Ansehung derer, so nicht leibeigen sind, gehöre. „

Merkwürdige Erkenntnisse dieser Art, erließ das Reichskammergericht, am 9. Jul. 1794 wider den *Burggrafen* zu *Kirchberg* zum Vorthail seiner Unterthanen des Grundes Seel und Burbach; am 17. Mai 1793 in Sachen des Justizraths Kober wider den Fürsten von *Hohenlohe - Schillingsfürst*; am 7. Oct.

1793 in Sachen des Pflegverwalters von Gimmi wider den *Fürstaben* von *Kempten*; am 20. Jun. 1797 und im J. 1799 in Sachen von Berlepsch wider *Kur-braunschweig* *).

Am 11. Mai 1802 erkannte das Reichkammerge-richt, in Sachen des Predigers *Winz* wider den Herrn *Fürsten* von *Neuwied*, unter andern folgen-
des: „es wird dem Herrn Fürsten, um willen er den Prediger *Winz* *ungehört* und *unvertheidigt*, sogar einer auswärtigen Militärgewalt heimlicher-
weise überliefern zu wollen, und sich dabei über *alle, durch die teutsche Reichsconstitution gehei-
ligten Rechtsformen hinaussetzen* nicht entse-
hen, hiemit *alles Ernstes verwiesen*, derselbe sich auch in Zukunft dergleichen *auffallender Mißbräu-
che seiner landesherrlichen Gewalt* zu enthalten hat.,,

Wider eben diesen *Fürsten* von *Neuwied* er-kannte das Reichskammergericht, zum Vorthail des Regierungsraths und Stadtschultheissen *Greypfs* zu *Neuwied*, folgendes Decret und Loquatur:

D e c r e t.

„Noch zur Zeit abgeschlagen, sondern versieht man sich zu dem implorantischen Herrn Fürsten,

1) derselbe werde den in gefängliche Haft ge-
brahten 62 jährigen Imploranten, *Angesichts dieses*,

*) *Schlötzers Staatsanz.* Heft 43, S. 257 ff. *Reufs Staats-
kanzlei*, Th. XX. S. 423. und Jahrgang 1799, Th. VII.
S. 209. v. *Roths Landesstaatsr.* Th. I. S. 59. *Hüberlins
Staatsarchiv*, Heft 1, S. 83. Heft 9, S. 102. ff.

auf freyen Fuß zu stellen, auch ihm die Dienstsala-
rien und Utilitäten tam pro praeterito, quam futu-
ro, bey Strafe von 5 Mark löthigen Goldes, auszu-
bezahlen, und wie dieses geschehen, binnen 8 Ta-
gen berichtlich anzuzeigen, die *ohne alle vorgän-
gige rechtliche Untersuchung* verfügte, zumal eh-
renrührige Cassation wieder einzuziehen, dem Im-
ploranten auch alle in seiner Anwesenheit *entwen-
dete* Papiere, ohne Aufenthalt herauszugeben, auch
den in dieser Sache an dieses Kaiserliche Kammer-
gericht einlegenden Berufungen, unter dem durch-
aus hinfälligem Grunde einer vorwaltenden Causae
politiae, keine Hinderniß in den Weg zu legen,
von selbst nicht entstehen; damit es nicht zur Hand-
habung gesetzlicher Gerechtigkeitspflege und ver-
letzter Kaiserlichen Gerichtsbarkeit, der Excitation
des Kaiserlichen Fiscals, auch, bewandten Umstän-
den nach, schärferer provisorischer Verfügungen
bedürfe.

2) Dann ist dem Herrn Fürsten, im Falle, da
derselbe die gegen den Imploranten intendirte, von
letzterem auch keineswegs gehinderte Untersuchung
fernerhin vor sich gehen zu lassen gemeint seyn
sollte, mit Aufhebung des sämtlichen bisherigen
commissarischen Verfahrens, einen andern, mit ge-
hörigen Rechtskenntnissen versehenen, allenfalls
aus einer der benachbarten Fürstlichen Regierungen
dazu ersuchten, hinreichend bekannten, geachte-
ten, und auf die Justizpflege verpflichteten Rath,

als Commissar, und zwar vorläufig auf Kosten des Fisci zu ernennen, von demselben die Sache ordinario juris tramite instruiren, dem Imploranten die allenfallsige imputata, wie sich gebühret, vorher schriftlich ad sese defendendum mittheilen, demselben auch die Adhibirung eines Notars zu den jedesmaligen commissarischen Sitzungen gestatten, und acta instructa an eine auswärtige nicht recusirte Juristenfacultät zum Spruch Rechtens versenden zu lassen, hiermit respective frey belassen und aufgeben.

3) Im Fall aber der Herr Fürst einigen in actis nicht erhobenen Anstand bey der Sache vorhanden zu seyn erachten sollte, wird demselben (jedoch ohnaufhaltlich der schleunigen Loslassung des Imploranten, und der Auszahlung des Gehalts) seinen standhaften Bericht über der ganzen Sache Beschaffenheit diesem Kaiserlichen Kammergericht verschlossen, binnen 6 Wochen, zu erstatten, eventualiter anbefohlen.

4) Dann ist gegen den in dieser Sache als Commissar gebrauchten Rau, um willen derselbe die, gegen seine offenbare Überschreitung des Fürstlichen Commissorii und mancherley andere Illegalitäten, mehrmal eingelegte Appellation an dieses Kaiserliche Kammergericht nicht zu attendiren, sogar eine zwote *Cabinetsinstanz* dem Herrn Fürsten als Committenti, in hac causa illius propria zuzueignen, den zur Zeit noch gar nicht mit den vor-

geblichen Imputatis gehörig bekannt gemachten Imploranten so schimpflich, gegen alle, seiner Person, Ämtern und langjährigen Diensten gebührende Achtung, zu behandeln, in Gegenwart des Militärs anmaßlich ad protocollum zu vernehmen, den Kaiserlichen von dem Imploranten mitgebrachten Notar via facti auszuweisen, nach seinen eigenen von dem Herrn Fürsten exhibirten ausführlichen Protocollis sich nicht entblödet, die Strafe einer halben Mark Goldes dem Kaiserlichen Fisco, Zeit eines Monats ohnnachlässig zu bezahlen vorbehalten, derselbe sich auch für die Zukunft solch ärgerlichen Benehmens, bey Vermeidung schärferer fiscalischer Strafe, zu enthalten, ernstlich gewarnet.

Endlich ist

5) Cancellariae, die von dem Herrn Fürsten seinen mehrmahligen Supplicis pro Documento angefügten Anlagen à Lit. A. usque G. g. nicht heraus gegeben, sondern bey diesen Acten liegen zu lassen, aufgegeben. In Consilio 7. Nov. 1301.,

*Loquatur an den Fürstlichen Neuwiedischen
Anwalt Herrn Dr. Gombel.*

„Aus mehreren, bey Gelegenheit der an dieses Kaiserl. Kammergericht angebrachten Klagsachen entstehenden Veranlassungen, fände man sich bewogen, zu des Herrn Fürsten bisher so oft an den Tag gelegten gewissenhaften Grundsätzen und Gefühl für Recht und Billigkeit, das oberstrichterliche wohlmeinende Vertrauen zu äussern, derselbe wer-

de seine Unterthanen durch eine, *blofs den hierzu verordneten Stellen gebührende, von keiner Menschenfurcht, Willkühr oder Eigennutz geleitete unpartheyische Justitzpflege* fernerhin zu beglücken, seinen verdienten Räthen und Angehörigen das so unentbehrliche Vertrauen nicht zu entziehen, dasselbe auch keinesweges *fremden, unbekannten, mit Nichts angesessenen, von den erforderlichen Rechts- und practischen Kenntnissen durchaus entblösten, und ihm, Herrn Fürsten, blofs um ihres Vorthells Willen, schmeichelnden Leuten* zu schenken, und wo er dergleichen angenommen, solche von sich, rechtlicher Ordnung nach, zu entfernen, vielmehr sich allenfalls einen, die Achtung des Publikums besitzenden, strengen, unpartheyischen, wohl qualificirten Rathgeber und Freund zu wählen und sich zur Seite zu setzen, von selbst den Bedacht nehmen, damit *endlich einmal* die, seiner eignen Erhaltung, so wie jene seiner Fürstlichen Familie so werthe Ruhe und Eintracht wieder hergestellt, und aller Keim von Unzufriedenheit für die Zukunft baldigst zerstöhret werde. 7. Nov. 1801.

Wider den regierenden Herrn *Herzog von Württemberg* ergieng bei dem Reichskammergericht, am 9. Nov. 1801, zum Vorthail der von ihm entlassenen geheimen Rätthe von *Wöllwarth* und *Hofmann*, folgendes Decret:

„Ist mandatum de congrua praestando indemnitate ratione Salarii atque emolumentorum restantium quam futurorum, jedoch nur C. C. erkannt, sodann erwartet man von des imploratischen Herrn Herzogs insbesondere in seinem Berichte geäußelter Billigkeit, derselbe werde dem mit Ehren entlassenen Imploranten die ihm angewiesene Pension von 2000 fl. forthin und bis zum Austrage der Sache (wenn er sich bei der zur Auszahlung angewiesenen Kasse melden wird) provisorie, sowohl für das Verfloßene, als für die Zukunft auszahlen, auch ihm den an dieses K. Kammergericht genommenen Recurs auf keinerlei Weise entgelten zu lassen, von selbst geneigt seyn. In Cons. den 9. Nov. 1801.,

Eben dieser regierende Herr Herzog von *Württemberg* ist, wegen seiner limpurgischen Besitzungen im fränkischen Kreise, seit mehrern Jahren mit Kreis-Beiträgen in Rückstand. Schon vor mehrern Jahren ward die *Execution* erkannt, wegen der ältern Reste von 5855 fl. 40 kr. 2 pf.: sie war aber bisher verschoben worden. Endlich hat nun die fränkische Kreisversammlung, in einem im Mai 1802 an den Herzog erlassenen Schreiben erklärt, daß sie, bei fortgesetzter Zahlungssäumigkeit, die bereits erkannte *Execution* in ihrer Fortwirkung nicht hemmen könne.

(Wird fortgesetzt.)

XI.

Actenstücke zur Revolutionsgeschichte

des

Rhein- und Mosel-Departements.

(Fortsetzung. s. Heft I, S. 96.)

II. *Ein Kurtrierischer Volksfreund auf seiner Auswanderung an die Clubisten zu Coblenz.*

Ihr bemühet euch unsere altväterische, durch einen Verlauf von vielen Jahrhunderten ehrwürdig bewährte trierische Staatsverfassung zu zernichten, um eine republikanische nach eurer Art einzuführen. Ohne euch um die Beweise zu bekümmern, ruft ihr dieselbe als eine Tyrannen- und Despoten-Regierung aus.

Ihr werdet mir nicht verdenken, wenn ich eurem von allem Beweis entblösten Worte so geradezu nicht glaube; sondern die Sache, ehe ich beitrete, kaltblütig und unbefangen untersuche und überlege.

Der Schritt, welchen ihr euren Mitbürgern anrathet, ist so wichtig, daß es unverzeihlich wäre, solchen auf Gerathewohl zu wagen. Wo sind also, meine lieben Clubisten, die Beweise, daß unser trierisches Land sich durch eine Staatsumwälzung verbessern werde? In Erwartung dieser Beweise, wovon ihr noch den ersten an Tag zu legen habt,

muß ich euch einsweilen gestehen, daß ich billig zweifeln darf, ob ihr unsere Verfassung, die ihr als eine Despoten-Regierung erklärt, auch kennet: ob ihr wisset,

- 1) daß nach derselben der *Fürst* eben so, wie der geringste der Unterthanen unter dem Zwang der Gesetze stehe, und nicht nur bei den Gerichtshöfen im Lande, sondern auch ausser dem Lande bei den Obergerichten des Reichs belanget werden könne. Er ist also kein Despot, denn *er stehet unter dem Gesetze.*
- 2) Daß es nicht in der Gewalt des Fürsten stehe, die Gerechtsame des Landes anzutasten, denn wir haben nicht nur *Landstände*, sondern nebst diesen auch das *Domkapitul*, welchen die Erhaltung dieser Gerechtsame anvertraut ist, und welche die *gesetzmässige Schranken*, worinn *die Macht des Fürsten eingeschlossen ist*, sattsam kennen. Der Fürst ist also nicht nur kein Despot, sondern er ist auch ausser Stande, sich dazu zu erheben.
- 3) Daß das Recht, die *Schatzung* zu bestimmen und auszuschreiben, nicht dem Fürsten, sondern den *Landständen* zustehe, wornach der Fürst das Land nicht mit der mindesten Auflage ohne Einwilligung der Landstände belästigen kann; sondern sich

4) mit seinen *Kammer-* oder sogenannten *Domanial-Gütern* und *Renten* lediglich begnügen, und aus diesen die Erforderniß für sich, seinen Hofstaat, die Landesregierung, Dikasterien, Gerichtshöfe und dergleichen mehr bestreiten muß, so daß

5) die *Schatzung* blos für die *Unterhaltung* des zum *Schutz des Landes* erforderlichen *Militairs* und der *landschaftlichen Dienerschaft*, als nämlich der landschaftlichen Syndiken, der General - Einnehmer und dergleichen bestimmt bleibt, und nur ein sehr kleiner Theil davon zur Bestreitung der Reichslasten an das Reich abgegeben wird. Was die Ausschreibung und Erhebung der Schatzung betrifft, ist dem ganzen Lande bewußt, daß nichts einfacheres erdacht werden könne. Jeder Schatzungspflichtige weiß, was er zu zahlen hat, so wie nur die Simpel-Zahl von den Landständen festgesetzt ist. Keine Überhebung, kein Unterschleif kann dabei Statt finden.

Hier sind, meine lieben Clubisten, die Hauptzüge unsrer Verfassung. In den Augen eines Unbefangenen ist es keine despotische, sondern eine sehr weise, nicht auf Willkühr, sondern auf unabänderliche Gesetze gegründete Verfassung. Diese wollet ihr umstossen! Mit welchen Mitteln wollt ihr wohl euer Vorhaben ausführen? Ist es vielleicht

mit der vereinigten Hilfe unsrer trierischen Landsleute? Nein, diese haben sich für ihre altväterische Verfassung, für die liebe Ruhe erklärt, sie wollen bei ihrer durch Jahrhunderte befestigten Regierung bleiben, und keine Hand zur Staatsumwälzung bieten.

Ihr trennet euch also von dem lieben Vaterlande, von dem deutschen Blute, und rufet den Franzosen an. Mit Hilfe dieses hoffet ihr eure schwarzen Plane durchzusetzen und auszuführen. Er, euer Freund und Schutzherr ist es, welcher durch die verderblichen Folgen eines beispiellosen Kriegs die meisten unter uns aus einem wohlhabenden in den dürftigsten Stand gestürzt hat. Nun wolket ihr unter dessen Mitwirkung, es dahin bringen, daß die Kirchen- und Kammer- oder Domanial-Güter der Kirche und dem Staat, dem sie bisher gewidmet waren, entzogen werden. Diese Güter sollen nach euerm Sistem veräußert, und der Erlös davon zu Abtilgung der Landes- und Gemeinde-Schulden verwendet werden. Aber wißt ihr nicht aus dem Beispiele Hollands, Niederlands, Italiens, ja auch Frankreichs selbst, daß diese Gelder statt zur Abtilgung der Gemeinde- und Landes-Schulden zu dienen, eine ganz andere Verwendung erhalten, und zum größten Theil verschleudert werden, ohne daß man wisse, wohin sie gekommen.

Ihr sagt eurer, im Entwurfe stehenden Republik die Zehndfreyheit zu; welche Anmassung! Sind

denn nicht alle zehndbare Güter in einem ununterbrochenen Laufe von vielen Jahrhunderten mit dem Zehndlast gekauft und verkauft worden, und so von Hand zu Hand übergegangen? Kann sich denn der Eigenthümer des zehndbaren Gutes über diese Last beschweren, da er das Gut mit dieser Last angekauft oder ererbt hat, und dasselbe theurer angekauft haben würde, wenn es zehndfrei gewesen wäre? Wie könnt ihr das, durch einen unerdenklichen Zeitlauf ehrwürdig gewordene Zehndeigenthum antasten? Wie könnt ihr euren Mitbürger, welcher unter dem heiligen Gesetze des Eigenthums einen Zehenden mit seinem guten Gelde angekauft und bezahlt hat, des Seinigen berauben, und einen andern damit bereichern? Wie könnt ihr dem Seelsorger den Zehenden, welcher ihm zu seinem Unterhalte angewiesen ist, absprechen, und dadurch zu andern Abgaben, welche eure Mitbürger weit härter drücken würden, den Anlaß geben? Denn wovon würdet ihr alsdann in eurer neuen Republik euer Direktorium, eure Regierung, Gerichtshöfe und übrige Staatsdiener, welche dermal aus den Kammergütern wovon die Kirchenvorsteher und andere Kirchendiener, die dermal von den Kirchengütern unterhalten werden, zahlen? Nicht wahr, darum bekümmert ihr euch dermal nicht, aber so wie ihr die Macht in Händen hättet, dann würdet ihr mit schönen Worten zu sagen wissen: Pflicht des Landes ist es, die Staats-Oekonomie zu übernehmen, um alles

zu bestreiten, was zur Staats - und Kirchenverwaltung erforderlich ist; es sind weder Domainen - noch Kirchengüter da, also Bürger und Bauer zahle.

Hinter euch würde der Franzos kommen, wie es in Holland geschehen ist, und sagen: Euer Land kann sich noch nicht mit eigenen Kräften decken, ich nehme euch also unter meinen Schutz und gebe euch so viel tausend von meinen Soldaten als Hilfsvölker; die müßt ihr bewaffnen, kleiden und zahlen. Um das Geld hierzu aufzutreiben, müßt ihr euer einfaches Schatzungs - System abschaffen und ein verwickeltes mit vielen Rubriken durchflochtenes einführen, was ihr dann unter der einen Rubricke nicht erhaltet, bekommt ihr unter der andern.

Durchblättert unsere Finanz - Debatten, und ihr werdet unzählige Benennungen von Abgaben finden, unter welchen ihr den neuen Republikanern das Geld aus dem Sacke spielen könnt. Sie sind ja zehndfrei, also können und müssen sie wohl unter andern Benennungen dem Staate beispringen.

O meine lieben Clubisten! überlegt dieses alles wohl, ehe ihr den entscheidenden Schritt waget. Denket, daß ihr mit dem Franzosen zu thun habt, dessen Blut und Sitten sich mit jenen der Deutschen nie vertragen werden, und welcher es mit euch unmöglich gut meinen kann. Wenn er die Zustandbringung einer cisrhenanischen Republik zu befördern sich bestrebt; so geschieht es nicht, um den

Deutschen zu beglücken, sondern in der Hoffnung im Trüben fischen zu können, und um seinem Lande eine Schutzwehr zu verschaffen, um sich dadurch die Schläge vom Leibe zu halten, welche ihr, der geographischen Lage nach bei dem Ausbruche eines jeden Kriegs vorzüglich für sie aushalten müßtet. Gedenket, daß unsren eroberten deutschen Provinzen die Hände gebunden sind, daß keine sich für euer System erklären kann, ohne den lieben Frieden zu entfernen, und sich als Feind des deutschen Vaterlandes und des Kaisers aufzuwerfen, somit von den vereinigten Kaiserlichen und deutschen Truppen, wenn bey allenfallsiger Fortsetzung der Feindseligkeiten das unbeständige Kriegesglück sich ändern sollte, feindselig behandelt zu werden.

W. . . .

II. Die den bürgerlichen Stand repräsentirende weltlichen Stände des trierischen Landes an die zu Bonn residirende Mittelcommission.

Bürger Präsident und Commissaires!

Das Kurfürstentum Trier war vor dessen Eroberung durch die französische Waffen, weder einer despotischen noch einer gänzlich monarchischen Regierung unterworfen; denn obschon die höchste Gewalt in den Händen des Fürsten war, so hatte derselbe doch mit der gesetzgebenden Macht die

vollziehende nicht Selbsten ausgeübt, noch vielweniger war das Eigentum und die Personen seines Staates seiner willkührlichen Verwaltung überlassen, sondern Er war, wie der Unterthan, nicht allein an die allgemeine sehr gemäsigte teutsche Staats-Verfassung, sondern auch an die besondere Grund-Verfassung des trierischen Landes gebunden, und konnte insbesondere ohne Bewilligung der Landstände keine Steuergelder erheben. Diese Landstände hatten nebst andern Ihnen zukommenden Rechten, welche Sie im Namen des Volkes, als *Repräsentanten* desselben ausübten, noch die besondere Pflicht, für die Aufrechthaltung der Landes-Verfassung zu wachen, und in jeden das gemeinschaftliche Landeswohl betreffenden Gegenständen ihrem Fürsten mit Rath an die Hand zu gehen, so daß also bey dieser gemäßigten Landes-Regierung eine wahre politische Freiheit bestand, welche dieses Land immerhin in einer glücklichen Eintracht und wechselseitigen Beruhigung für die Sicherheit der Personen und des Eigentums erhielt.

Diese Verhältnisse werden uns demnach auch bey Ihnen Bürger, Präsident und Commissarien! rechtfertigen, wenn wir es noch immer unsern ursprünglichen Pflichten schuldig zu seyn glauben, für die Erhaltung unsers werthen *Vaterlandes* in einem Zeitpuncte besorgt zu seyn, wo Ereignisse neuer Art das Maas jenes Unglückes zu vollenden

drohen, welches der itzige Krieg über unsere Vaterländische Gefilde verbreitet hat.

Es hat sich nemlich in Coblenz eine Gesellschaft zusammengerottet, welche sich Freunde des Volkes und der Freiheit, aber auch die Districts - Föderation in Koblenz nennen, und durch mehrere erlassene Proclamationen die Einwohner dieses Landes in die Stimmung zu setzen sich bemühet, daß solche, wo nicht die Vereinigung mit der fränkischen Republique, doch die Errichtung einer eigenen *Cisrhenanischen Republique* wünschen, und diesen Wunsch durch Gesamt - Unterschriften an Tag legen möchten. — Diese Gesellschaft rühmt sich in ihren Proclamationen der Unterstützung der Mittelcommission sowohl, als anderer höhern Gewalten, und ist rastlos bemühet, sich Anhänger zu erwerben und ihren vorgesetzten Plan durchzusetzen.

Die weltliche Stände des Erzstifts Trier können in dieser Lage nicht länger rückhalten, Einer angeordneten Mittelcommission dasjenige mit Vertrauen und Offenheit vorzutragen, was der reifsten Prüfung würdig ist, und sowohl für das Interesse dieses Landes, als jenes der Republique selbst von äuserstem Gewichte ist. —

Eine jede Staats - Verfassung, sie sey Democratic, Aristocratisch, Monarchisch, oder gemischt, hat ihre eigene Vorzüge, aber auch ihre eigene Gebrechen!!! Wir Trierer hatten, wie gesagt, eine

sehr gemäsigte Staats - Verfassung, auch diese hatte unstrittig ihre Unvollkommenheiten, an deren Ausbesserung sowohl der Fürst, als thätige Volks-Freunde immer mehr und mehr arbeiteten. Diese unsere Landes-Verfassung wurde von unsern Vorfahren immerhin geschätzt. Sie war unsern Sitten, Karakter, und unserm Klima angemessen, und hat sich bis zu der jüngern Eroberung unsers Landes erhalten.

Wir gestehen es aufrichtig, daß wir uns nicht unglücklich nannten, wenn uns, durch den hoffentlich in baldem zustande kommenden allgemeinen Frieden, diese unsere vorherige Landesconstitution anwiederum werden würde. — Diese Stimmung herrscht, wir können es auf unsere Ehre und unser Vermögen versichern — fast allgemein und ist als eigentlicher Volkssinn zu betrachten. —

Indessen können Sie, Bürger Präsident und Kommissarien! dennoch überzeugt seyn, daß diese also freimütig an Tag gelegte Anhänglichkeit an unsere vaterländische Landesverfassung, nicht mit Abneigung gegen die republikanische Staats-Verfassung Frankreichs beseelt ist, die es der Politik dieser Republique, im Falle solche auf die Einverleibung unsers Landes denken sollte, anrathen könnte, unsern Nationalkarakter durch Errichtung solcher Volksgesellschaften nach und nach umzustimmen, und für ächte reine republikanische Grundsätze empfänglich zu machen.

Von den unzähligen Leiden des Krieges ganz aufgezehrt, und am Rande der Verzweiflung stehend, sehnen wir uns nur nach baldiger Auflösung unseres Schicksals, und, unserer sehr verzeihlichen Vorliebe für unsere ehesinnige Constitution ohngeachtet, wird jede Staatsverwaltung, in deren Händen wir durch den allgemeinen Frieden kommen werden, ein Volk an uns finden, welches die Gesetze liebt und ehrt, und nur in derselben öffentlicher Handhabung die Möglichkeit seines Wiederaufkommens erkennt. —

Sollte demnach unsere Bestimmung eine Vereinigung mit Frankreich oder mit einer besondern Republique wirklich seyn, so ist das dermalige Bestreben der sogenannten Freunde des Volkes und der Freiheit eine sehr entbehrliche politische Erscheinung, und dieses um so mehr, als die Masse unsers Volkes in jeder Hinsicht allzuohnmächtig und unbedeutend ist, als daß auch dessen erklärter Gesamt-Wille in der Entscheidung unsrer künftigen politischen Existenz einigen Einfluß haben könnte. — Diese unsere natürliche Überzeugung ist nebstdem durch die neuere Ereignisse in dem Laufe dieses Krieges zu einem Grade von Gewisheit gereifet, der dem unpartheiischen Beobachter nicht entgehen konnte. —

Wie viele zu den päpstlichen, Piemontesischen und andern Staaten gehörige Provinzen haben nicht ihren lautesten Wunsch für eine Vereinigung mit

der neuen Cisalpinischen Republique an Tag gelegt, für diesen Wunsch sogar Geld und Blut verschwendet! — Doch war ihre Bestimmung keine andere, als welche das wechselseitige Interesse der Kriegführenden Mächte erheischte. —

Die Venetianische Staaten, welche unter ihrer geographischen und statistischen Bezeichnung Terra firma genannt werden, machten mit Venedig einen eigenen Freistaat aus, liebten wahrscheinlich, wie wir, ihre ererbte Verfassung, und sind itzt zum Theil einzelne Bestandtheile der österreichischen Monarchie geworden. — Erwägen wir endlich ferner, daß in den zu Leoben geschlossenen Friedenspräliminarien die Integrität des teutschen Reiches nachgegeben seyn solle, daß mit dieser Integrität die Losreissung der ersten Kurthümer Teutschlands nicht wohl zu vereinbaren ist, und diese Losreissung eine Theilung des ganzen teutschen Reichs zur nothwendigen Folge haben würde, welche uns den von allen Nationen so sehnlich gewünschten Frieden noch Jahre lang entfernen müste, so scheint es unserer beschränkten Einsicht nach moralisch gewiß zu seyn, daß die von der Volksgesellschaft bezweckte Erklärung der hiesigen Landesinwohner, auch in Verbindung aller andern zwischen Maas und Rhein, in das politische Friedenssystem Frankreichs keinen Einfluß haben kann. —

Ist nun aber das Bestreben dieser teutschen sogenannten Volksfreunde weder für den Fall nö-

thig, wenn unsere künftige Bestimmung seyn sollte, mit Frankreich vereint, oder zu einem eigenen Freistaat umgeschaffen zu werden, weder nützlich noch einwirkend, wenn unser künftiges Schicksal in der Waagschale der Politick noch unentschieden läge; so werden Sie, Bürger Präsident und Commissarien! unserm zu Grunde gerichteten Vaterlande die Wohlthat nicht versagen können, daß wir wenigstens gegen jene traurige Folgen geschützt werden, die aus dem itzigen Vorhaben der hiesigen Conföderation sowohl für das ganze Land, als dessen einzelne Glieder nothwendig entstehen müssen. — Ihnen ist es bekannt, wie sehr unser unglückliches Vaterland durch die anfänglich bestandene fränkische Ausleerungs-Agenten, durch die ungeheuern Kontributionen, durch die unzählige Requisitionen an Vieh und sonstigen Naturalien, durch die Raubsucht einzelner fränkischer Verwaltungsglieder, durch die Verheerung der Gebäulichkeiten, Felder, Weinberge, Wiesen und Waldungen, durch die fast gänzliche Stockung des Acker- und Weinbaus, durch die Leblosigkeit des Handels und Gewerbes, durch die allgemein geherrschte Viehseuche, durch die zahllose Einquartirungen, durch die kostspieligste Unterhaltungen der Tafeln der Hauptquartiere, kurz, durch alle Zweige des Kriegs-Elendes von seinem ehemaligen Wohlstande, auf den äusersten Grad der Erschöpfung und Dürftigkeit hingesunken ist, und wie viele Millionen Schulden noch auf dem

wenig geretteten Eigenthume liegen. Von hundert wohlhabenden Familien ist nicht eine übrig, die ihrer Erhaltung gesichert wäre. — Alle diese nur zu sehr richtige Beobachtungen, welche Ihnen, Bürger Präsident und Commissarien! während ihrer Verwaltung nicht entgehen konnten, lassen demnach nichts weniger erwarten, als daß die trierischen Landes-Inwohner von der Vergangenheit auf die Zukunft schliesend, sich von einer Vereinigung mit Frankreich, oder auch der Errichtung einer eigenen Republique die Verbesserung ihres Schicksals versprechen, und den Anlockungen der dermaligen Volksgesellschaft freiwilliges Gehör geben sollten. Jeder rechtschaffene Landes-Inwohner ist vielmehr durch dieses Beginnen in die bange Besorgniß gesetzt, daß eine innere Landes-Revolution die Hoffnung des baldigen Friedens entfernen, und sein durch die Kriegsaufopferungen noch übriges wenige Vermögen verschlingen werde. —

Die von dem General en chef Hoche zu unsrer schuldigsten Dankerkenntniß wieder angestellte öffentliche Gewalten, denen der trierische Landes-Inwohner bishierhin sein Vertrauen gewidmet hat, welche ihre Kenntnisse des Landes zur Aufrechthaltung der noch möglichen Ordnung, zur gleichen Vertheilung der Kriegslasten, zur Beförderung des noch übrigen wenigen Landes-Credites, und zur Verminderung des Kriegs-Elendes überhaupt nach Kräften verwenden, werden, da sie den Absichten

der entstandenen Volksgesellschaft im Wege sind, durch die Kabalen derselben verdrängt werden. — Kein rechtschaffener oder des Landes und seiner Verhältnisse kundiger Staatsbürger wird die erledigte Stellen übernehmen wollen, und so wird erstlich die ganze Verwaltung des Landes, der Justizpflege und die öffentliche Landes Sicherheit in die Hände von Leuten kommen, die entweder vom Taumel des Freiheitssinnes berauscht, die alte Ordnung der Dinge, und das Staatsgebäude mit leichtsinnigen Händen auseinanderreißen oder aus unglücklichem Factionsgeiste oder aus Rachgierde oder aus Eigennutz in dem Eingeweide ihres Vaterlandes wüthen, und die Zufriedenheit ganzer Familien und das Glück einzelner Bürger mit Füßen treten. — Heillose Anarchie wird das Werk der gänzlichen Zerstörung und Auflösung vollenden, welches der unselige Krieg mit so raschen Schritten angegangen hat. — Der mittlere geistliche Stand, welcher in unserm Vaterlande an der guten Sache immerhin Theil nahm, die Rechte des Unterthanen vertheidigen half, zu den öffentlichen Abgaben das Seinige redlich beitrug, und durch ein sittliches Betragen, die Achtung seiner Mitbürger zu erhalten und seine Religion zu befestigen wußte, wird das traurige Opfer eines übertriebenen Freiheitssystems werden.

Der Adelstand, dessen noch übriges Vermögen ohnehin durch die Kriegslasten unter dem bisheri-

gen Sequester seiner Güther mit ungeheuren Schulden beladen ist, wird auf eine unsinnige Art verfolgt, und für eine lange Zukunft außer Stand gesetzt werden, seine Gläubiger zu befriedigen. —

Der Handlungs- und Gewerbestand wird gänzlich zertrümmert, und der Fleiß des Landmannes ein Opfer der willkührlichsten Verwaltung werden. Wir werden überhaupt die schrecklichen Folgen einer revolutionairen Regierungsform über uns verbreitet sehen! und diese Masse des Elendes sollte uns eine Nation bereiten wollen, deren Kriegsoperationen wir mit so unzähligen Aufopferungen unterstützen, und die noch täglich derselben geleistet werden müssen? — Anstatt daß man in Frankreich alle Unruhen hinzulegen sucht, welche die Nation in einer andauernden Gährung erhalten werden; anstatt daß man daselbst die öffentliche Sicherheit herzustellen, das allgemeine Vertrauen zu befestigen, den öffentlichen Credit zu beleben, die Handlung zu verbreiten, und die bürgerliche Eintracht einzuführen sich bemühet, und hierwegen von Tag zu Tag die weisesten Verfügungen trifft, und so die Nation auf den wohlthätigen Genuß des Friedens vorbereitet! Sollte man in den eroberten Landen, die doch an dem jetzigen Kriege nicht den entferntesten Antheil haben, und so gerne mit Frankreich in nachbarlicher Eintracht von jeher gelebt hatten, den Zunder zu so unzähligen greuelvollen Auftritten legen wollen, über welche jeder

rechtschaffene und edeldenkende Franzos, schon Jahre lang geseufzt hat. — Nein! Bürger Präsident und Commissarien! es ist uns ohnmöglich, dem französischen Gouvernement solche, unsere innere Landesruhe in Gefahr setzende Absichten beizumessen, und eben so wenig können wir uns bethören lassen, als wenn Sie dem Vorhaben der sich nennenden Koblenzerföderation Mitwirken und Unterstützung versprochen hätten. —

Wir bitten demnach im Namen unsrer Mitbürger, die selbst durch jüngere Geseze in Frankreich verbottene Volksgesellschaften auch in den eroberten Landen durch eine scharfe Verfügung zu verbieten, und sollte eine verehrungswürdige Mittelcommission daran zweifeln, daß dieser unser Vortrag der allgemeinen Stimmung der trierischen Landes-Inwohner angemessen, und mit demselben übereinstimmend sey, so sind wir so schuldig als erbitthig, Sie von der Wahrheit des Ganzen durch die verfassungsmässigen Abstimmungen aller Landes-Inwohner zu überzeugen.

Grufs und Hochachtung.

Die den bürgerlichen Stand repräsentirende
weltliche Stände des trierischen Landes.

Rosenbaum, Burgermeister.

Bourmer, Secretaire.

Koblenz, den roten Septemb.

1797.

Koblenz, den 14ten Septemb.
1797.

IV. *Das Districts-Bureau der Cisrhenanischen Föderation an Herren Bürgermeister und löblichen Magistrat zu Koblenz.*

Wir sind entschlossen, heute den 14. Septemb. den *Freiheitsbaum* in der hiesigen Stadt auf dem Paradeplatz zu pflanzen; wir haben hierzu die Erlaubniß von dem hiesigen militärischen Kommando als der Oberpolizey, auch die Zusage von dessen Schutz und Handhabung der guten Ordnung erhalten.

Wir glauben nicht nur des Anstandes wegen, sondern sogar aus Pflicht, die wir und jeder ruheliebender Bürger dem Magistrat schuldig sind, Ihnen dieses unser Vorhaben anzuzeigen, und Sie zugleich bittlich einzuladen, diese Feyerlichkeit mit ihrer Gegenwart zu beehren, auch um deswillen, daß wenn Sie es für nöthig erachten, Vorkehrungen treffen zu müssen, die die Ruhe sichern, Sie solches bey Zeiten thun können, weil wir nichts sehnlicher wünschen, als daß dieser Vorgang durch keinen Schritt irgend eines Aufbrausens gestöhret werde. — Wir ersuchen namentlich den Herrn Bürgermeister diese unsere Angelegenheit gefälligst dem versammelten Magistrate vorzutragen.

J. H. *Gerhards*, Präsident.

H J. *Beaury*, Secr. Substit.

N. S. Von den gedruckten Einladungszetteln werden wir die Ehre haben, Ihnen, so bald Sie fertig sind, zu übersenden. —

V. *Als Antwort auf vorstehendes Schreiben liefs der Magistrat durch Bürgerwachtmeister Knopel folgendes durch den Trommelschlag bekannt machen.*

Dem Magistrate wurde so eben von einem sichern *Gerhards* und *Beaury*, welche sich Präsident und Secetaire einer uns eben so unbekannten als unconstitutionsmäsigen Gesellschaft nennen, ein Schreiben zugeschickt, dafs wir der vorhabenden Errichtung eines Freiheitsbaums heute beywohnen, und für die Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe sorgen mögten. — Der Stadtmagistrat, welcher sich lediglich mit dem arrêté des General en chef Hoche, mit Ausübung seiner vorherigen Berufsgeschäfte und Pflichten zu beschäftigen hat, nimmt an diesem Vorhaben, *der Errichtung des Freiheitsbaums, keinen Antheil*, fordert jedoch die seiner Sorge anvertraute Bürgerschaft nachdrücklich hiemit auf, durch ein kluges und stilles Benehmen die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu befestigen, und durch keinen Excefs irgend einer Art sich einer Verantwortlichkeit auszusetzen.

Von Magistratswegen.

Rosenbaum, Burgermeister.

Koblenz, den 14. Septemb.

1797.

VI. *Der Bürgermeister und Rath zu Koblenz an
den französischen Regierungscommissaire Destez
und Platzcommandanten Ribot.*

Koblenz, den 15. Septemb.

1797.

Bürger!

So viel dem Stadtmagistrat bekannt ist, werden zwar die Bewegungen der sogenannten Freunde der Freiheit vom fränkischen Gouvernement in soweit geduldet, als solche der öffentlichen Ruhe nicht nachtheilig sind, und werden können. Indefs ist diesem Klub nicht erlaubt, sich zur Erreichung seiner Absichten, gewaltsame oder trügerische Mittel zu bedienen; und dennoch musten wir heute von mehreren Zunftsvorständen persönlich die Klage vernehmen, daß die sogenannte Koblenzer Föderation, nicht allein durch allerhand entehrende Wege, die Zahl ihrer unterschriebenen Mitglieder zu vervielfältigen sich bestrebe, sondern auch, daß es Leute unter ihnen gebe, die sich nicht allein im Namen einzelner Bürger, sondern auch ganzer Zünfte und benachbarten Ortschaften zu unterschreiben sich erfrechten, ohne von diesen auf irgend eine Art ermächtigt zu seyn.

Sie baten demnach ihnen hierwegen die ordentliche Zunftsversammlungen unter dem Vorsitze der Rathsglieder zu erlauben, womit die Zünften ihre Stimmungen Mann vor Mann abgeben und das Pub-

licum von ihrer wahren Denkungsart überzeugen könnten.

Wir haben Ihnen diese Zusammenkünfte bis dahin untersagt, als wir von der Mittelcommission die Entschliessung auf eine dahin einschlagende durch eigene Landesdeputirte im Namen des Landes überreichte Vorstellung erhalten haben würden, indem wir besorgen, daß eine frühere öffentliche Umstimmung für die öffentliche Ruhe und Sicherheit, welche wirklich zu wanken anfängt, schädliche Folgen haben könnte.

Indessen so wie wir uns unserer Seits bemühen, die Bürgerschaft in den gesetzlichen Wegen zu erhalten, so gerecht werden Sie unsere Bitte finden, der sogenannten Föderation alle, die öffentliche Ruhe störende Einleitungen, wodurch man sich durch Drohungen, Versprechungen, Zutrinken und sonstige Wege Stimmen zu sammeln, bemühet, aufs schärfste zu verbiethen. Grufs und Achtung.

(Unterschrieben.)

Rosenbaum, Bürgermeister.

VII. *Erklärung sämtlicher Zünfte der Gemeinde
Koblenz.*

Da wir durch die Nachricht beunruhigt worden, daß die meisten von uns den jetzigen Neuerungen in der Staatsverfassung anhängen, und die übrigen zur Anerkennung der Neuerungen gezwungen werden sollten; so erklären unterzeichnete Bürger und Glieder der respectiven Zunft aus freiem, eigenem Willen: daß Sie 1) bey ihrer alten Landesverfassung verharren, da Obergeneral Hoche im Namen der fränkischen Republik dieselbe wiederum herstellte und solche auch die angemessenste ist; 2) daß wir die itzigen Neuerungen nicht kennen auch nicht kennen wollen; und daß wir 3) denjenigen auf erlaubte Weise unterstützen wollen, welcher durch gegenwärtiges durch die Klubisten angetastet oder in Verlegenheit gerathen sollte. Koblenz bey der Zunft den 16. Septemb. 1797.

Es waren unterschrieben: die Namen
aller Glieder.

Zur Beglaubigung

(L.S.) Der Zunftsreiber.

VIII. *Erklärung der Nachbarschaften und
Unzünftigen.*

Wir unterschriebene Brunemeister und Vorsteher der Unzünftigen erklären hiemit einstimmig und aus freiem eigenen Willen, und im Namen der ganzen Bürgerschaft, daß wir an den Neuerungen der Staatsverfassung keinen Antheil nehmen, solche nicht kennen, noch anerkennen wollen, sondern daß wir unserer teutschen Verfassung zugethan und dabey beharren werden, und nichts sehnlicher wünschen als beym allgemeinen Friedensabschluß unsere vorige glückliche Verfassung rückzuerhalten. Dieß ist unser ungezwungener freyer Wille mit dem Zusatze, daß wir jeden unserer Mitbürger der durch die sogenannte Föderirte angetastet, mishandelt, oder auf irgend eine Art beleidigt werden könnte, mit Haab und Guth auf rechtliche und gesetzliche Weise vertreten wollen.

Koblenz, den 16. Septemb.

1797.

Hier folgen die Namen sämtlicher Brunen-Nachbarschaften und Vorsteher der Unzünftigen.

Freiheit.

Gleichheit.

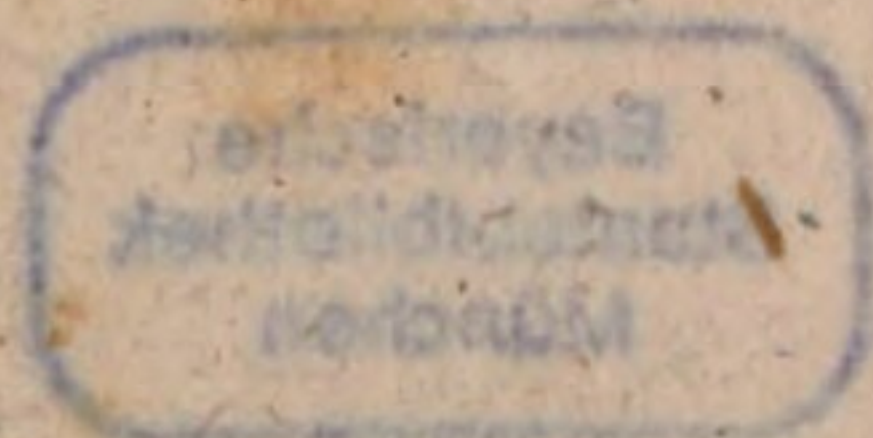
IX. *Der Regierungskommissär Destez zu Koblenz
an die Herren Magistratsglieder daselbst.*

Koblenz, den 16. Septemb.

1797.

Niemand, meine Herrn! darf nur zweifeln, daß die französische Regierung die Bestrebungen jeder Nation, welche im Angesichte der Satelliten des Despotismus Muth genug hat, die Ketten zu zerreißen, und, die ihr mit Unrecht geraubte Freiheit rückzuerobern, nicht mit Freude ansehe. — Mehrere Jahrhunderte und besonders Unwissenheit haben es dem Volke nicht gestattet, zur Äußerung ihrer Gesamt-Wünsche sich in Masse zu erheben.

Giebt es also Männer, die aus Liebe zum Vaterlande sich, für die gemeine Sache, ganz hingeben, da sie dem Volke die Fehler einer Regierung, die selbe umzuwälzen suchen, und die Vorteile jener, welche sie ihm zur Annahme aufstellen, aufdecken; so achtet solche als Muthvolle, und der Bewunderung aller Freunde der Freyheit Würdige! Kein gewaltsames Mittel dürfte freylich eintreten, um die Einwohner zur Abschüttlung eines eben so lästigen als erniedrigenden Joches, unter welchem sie bisher geschmachtet, zu zwingen; allein erlaubt ist es, selbe über ihr eigenes Wohl in treuen und unwiderlegbaren Denkschriften zu belehren, und sie zu verständigen, daß die Unabhängigkeit allein, sie zum Glücke hinüber führe. — Ich glaube,



Meine Herren! daß die Verbrüderung — Conföderation — gegen welche Sie sich so gewaltig erheben, keine andere Mittel, als jene der Überredung ergriffen hat, und in diesem Falle, sind jene, so diese Verbrüderung bilden, keine sogenannte Volks- und Freiheits-Freunde, sondern eifrige Beschützer ihrer Rechte.

Sollten indessen diese Verbrüderten gewaltsame Mittel versucht haben, um Leute zum Übertritt zur Cisirhenanischen Republik zu zwingen, so fordere ich Sie auf, mir solche zu nennen; Ich werde gemessene Maasregeln nehmen, um sie aus einer Gesellschaft zu heben, worinn zu erscheinen sie nicht würdig sind. — Vergessen Sie aber auch nicht, daß keine Zunft, keine Gesellschaft, ohne vorher hierzu von mir erhaltene Erlaubniß sich versammeln dürfe, und daß Sie mir in Hinsicht der Übertretung dieses Gebothes sowohl, als aller hieraus entstehenden üblen Folgen verantwortlich bleiben. —

Was nun die von Ihnen geäußerte Besorgniß, in Rücksicht auf die gemeine Sicherheit und Ruhe, welche diese Bewegungen erschüttern könnten, betrifft, so ist diese wahrlich nur eine panische Furcht, nichts destoweniger werden der General und Ich die zur Erhaltung der guten Ordnung zweckdienliche Maasregeln nehmen.

Gruß und Brüderschaft

Dostoev.

IX. Militär-Reformen à la française.

163

Ist *Frankreich* jetzt wirklich der *Musterstaat* für Europa, und seine Militärverfassung und Taktik das *Modell* für das preussische, spanische und andere europäische Kriegsheere, wie so manche Neufranzosen sich einbilden? *Constitutionen* haben einige neue Freistaaten von Paris, wenn auch nicht geholt, doch erhalten, und andere werden wahrscheinlich noch damit ausgestattet werden. Ob man auch das *Concordat* irgendwo nachahmen wird? Und die *Ehrenlegion*? Und die Einrichtungen des öffentlichen Unterrichtes? — — Nebenher von einer *Preisfrage* des National-Instituts.

X. Reichsjustiz gegen teutsche Landesherren.

168

Mittel gegen *Souveranitätssucht* und *Puissancieren*, denen nur grössere und schleunigere Wirksamkeit, insbesondere gegen Mächtige, zu wünschen wäre! Aber immer noch ein unverkennbarer *Vorzug* der teutschen Constitution! Dießmal *ältere* Beispiele von reichsgerichtlichen Erkenntnissen gegen Sayn-Wittgenstein, den Fürstbischof von Speyer, Hessen-Cassel, Kurbrandenburg, den Burggrafen zu Kirchberg, Hohenlohe-Schillingsfürst, den Fürstabt von Kempten; und *neuere* Beispiele wider Neuwied und Wirtemberg. Wird fortgesetzt.

XI. Actenstücke zur Geschichte der Republikanisirung der teutschen Länder am linken Rheinufer. (Fortsetzung zu Heft I, S. 96 ff.)

176

Dießmal zur Revolutionsgeschichte des Rhein- und Mosel-Departements. Wird fortgesetzt.

Am 30. September 1802.

Briefe und Beiträge (auch Bücher zur Anzeige auf dem Umschlage) für diese Staats-Anzeigen, können abgegeben werden, in

Strasburg, an die Königische Buchhandlung.

Frankfurt am Main, an die Andreäische Buchhandlung.

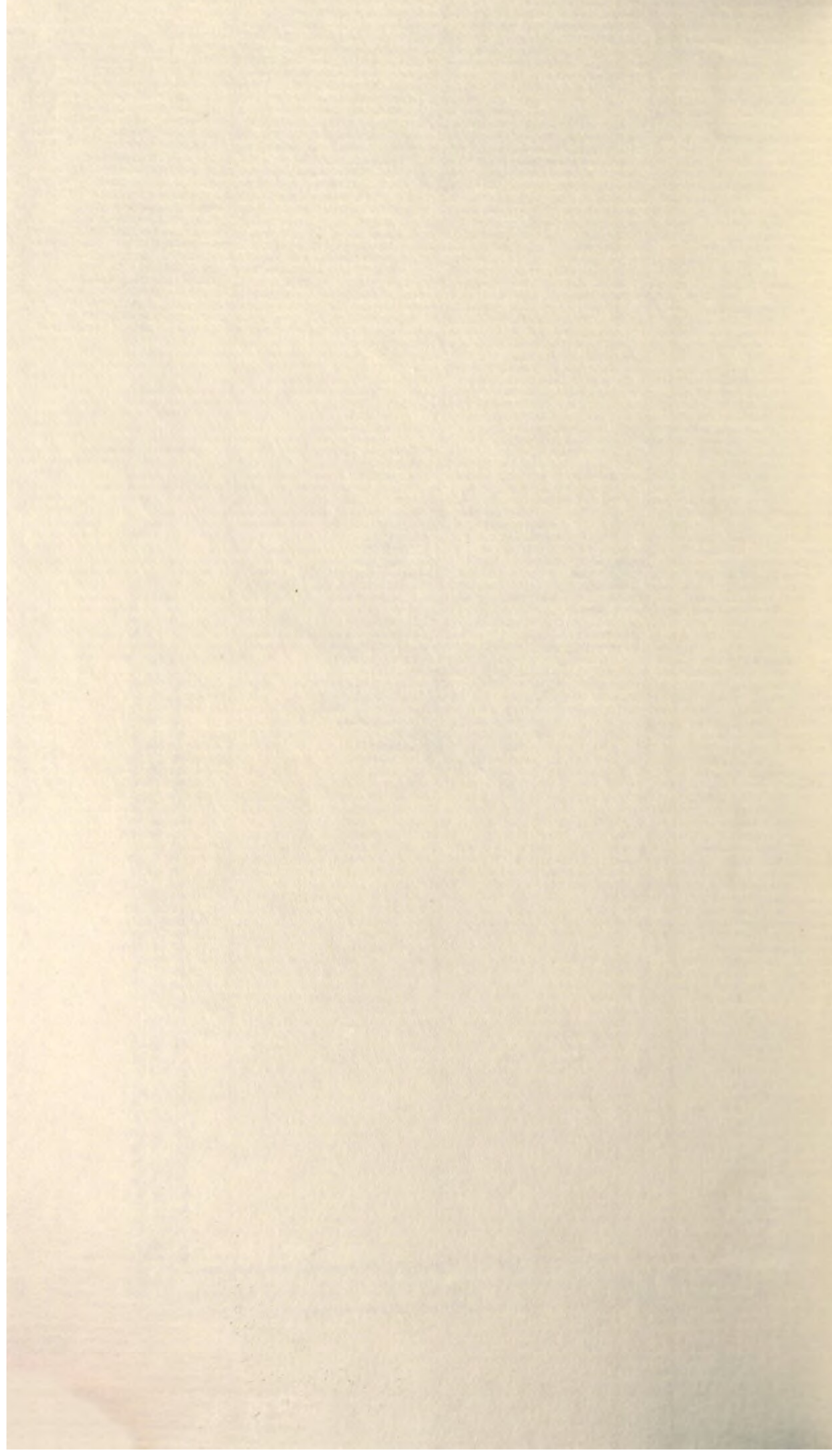
Leipzig, an die Gleditschische Buchhandlung.

Nürnberg, an die Bauer- und Mannische Buchhandlung.

Correspondenz.

Der Ungenannte, welcher aus St — einen interessanten Beitrag eingesendet hat, beliebe seine Adresse zu geben. Es ist nötig, vor dem Abdruck über einige Punkte Abrede mit ihm zu nehmen.





Rheinische Staats-Anzeigen

Bd.: 2.

Strasburg [u.a.] (1802)

Germ.g. 458 m-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10017351-6